

**Axel Ulrich**

## **Arbeitereinheitsfront gegen den Faschismus?**

### **Zum Widerstand von Trotzlisten gegen das NS-Regime mit besonderer Berücksichtigung des Rhein-Main-Gebietes**

Am Ende der Weimarer Republik bestand das oppositionelle Spektrum links von SPD und KPD aus einer Vielzahl kleiner und kleinster Gruppierungen und Fraktionen. Diese bekämpften nicht nur die bürgerlichen Parteien sowie die beiden großen Arbeiterparteien, sondern sie befehdeten sich meist auch untereinander aufs heftigste. Eine dieser Splittergruppen war die Vereinigte Linke Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten).<sup>1</sup> Sie hatte sich am 30. März 1930 konstituiert als Zusammenschluss der kurz zuvor aus dem Leninbund<sup>2</sup> ausgeschlossenen trotzkistischen Minderheitsfraktion mit Resten der ultralinken sogenannten Weddinger Opposition, darunter deren Pfälzer Flügel, sowie mit einigen anderen linksoppositionellen Kräften.<sup>3</sup> Zentren der neuen Vereinigung befanden sich in Berlin und Hamburg, in Ostpreußen, Mitteldeutschland, im Ruhrgebiet sowie im süd- und südwestdeutschen Raum. Als Folge verschiedener Fraktionskämpfe sah sich diese erste im eigentlichen Sinne trotzkistische Organisation in Deutschland schon im Juni des darauffolgenden Jahres in zwei Hauptrichtungen aufgespalten. Beide nannten sich Linke Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten), hatten ihre Zentrale in Berlin und bekannten sich gleichermaßen zu Leo Trotzki. Keiner von ihnen gelang es jedoch, aus ihrer weitgehenden Bedeutungslosigkeit auszuweichen bzw. nennenswerten überregionalen Einfluß zu gewinnen: Zur Mehrheitsfraktion gehörten Ende 1932 über 40 Ortsgruppen und Stützpunkte mit insgesamt rund 600 Mitgliedern, ihr Publikationsorgan "Permanente Revolution" erreichte schätzungsweise 5.000 Abnehmer. Der aus der Weddinger Opposition hervorgegangenen Minderheitsgruppe um die Zeitung "Der Kommunist" gehör-

- 
- 1 Zum Trotzismus während der Weimarer Republik siehe vor allem: Siegfried BAHNE: Der Trotzismus in Deutschland 1931–1933. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD und der Kommintern. Dissertation Universität Heidelberg 1958; Wolfgang ALLES: Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzisten ab 1930. Frankfurt/M. 1987; Annegret SCHÜLE: Trotzismus in Deutschland bis 1933. "Für die Arbeitereinheitsfront zur Abwehr des Faschismus"; u. Pierre BROUÉ: Die deutsche Linke und die russische Opposition 1926–1928. Köln (Selbstverlag) 1989; Jan FOITZIK: Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils. Bonn 1986, S. 25f.
  - 2 Rüdiger ZIMMERMANN: Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1978; BROUÉ (wie Anm. 1) S. 22ff.
  - 3 ALLES (wie Anm. 1) S. 27ff. u. 282; SCHÜLE (wie Anm. 1) S. 62 u. 147 sowie auf S. 149f. die Kurzbiographie von Max Frenzel, Führer des Pfälzer Flügels der Weddinger Opposition; vgl. hierzu besonders: Hans SCHAFRANEK: Das kurze Leben des Kurt Landau. Ein österreichischer Kommunist als Opfer der stalinistischen Geheimpolizei. Wien 1988, S. 192ff., 199ff. u. 250f.; ZIMMERMANN (wie Anm. 2) S. 233ff.

ten lediglich 80 Mitglieder aus Berlin, Hamburg, Leipzig und Ludwigshafen an; eine Zusammenarbeit mit ihr wurde durch Trotzki zurückgewiesen.<sup>4</sup>

### **Trotzkis Widerstandsstrategie stieß letztlich ins Leere**

Frühzeitig hatte dieser sich in zahlreichen Veröffentlichungen mit dem heraufziehenden NS-Faschismus sowie mit Fragen nach dessen effektiver Bekämpfung beschäftigt.<sup>5</sup> Scharf gegen die absurde, von den orthodoxen, moskauhörigen Kommunisten gleichwohl willig nachgebetete "Sozialfaschismus"-Theorie Stalins gewandt, nach der Sozialdemokratie und Faschismus angeblich "nicht Antipoden, sondern Zwillinge" waren, wies Trotzki der verfehlten Politik der KPD ein hohes Maß an Mitverantwortung für das ständige Anwachsen der NS-Bewegung zu. Anders als die KPD-Theoretiker, welche bereits das Präsidialkabinett Heinrich Brüning als "faschistische Diktatur" verkannt hatten, arbeitete er differenziert eine Reihe qualitativ unterschiedlicher Entwicklungsstufen bürgerlicher Herrschaft heraus; diese könne in Krisenzeiten zu einer "Diktatur bonapartistischen Typs" umgeformt werden, der unter bestimmten Bedingungen schließlich als autoritärste und radikalste Herrschaftsform überhaupt der faschistische Staat folge. Besonders wies Trotzki auf die Notwendigkeit hin, gerade auch dem Kleinbürgertum eine revolutionäre Perspektive zu eröffnen. Deshalb dürften sich die linken Massenorganisationen der Arbeiterschaft politisch-ideologisch nicht weiterhin gegenseitig zerfleischen. Deren Bündnis mit kleineren revolutionären Parteien und Gruppierungen kam für ihn zu jener Zeit noch nicht in Betracht. Es sei vielmehr erforderlich, dass SPD und KPD – bei Beibehaltung ihrer organisatorischen Eigenständigkeit – künftig geschlossen aufträten, um so gemeinsam eine starke politische Alternative zur NSDAP zu bieten. Nur auf diese Weise könne ein qualitatives Umschlagen der von ihm zu Beginn der dreißiger Jahre vermuteten vorrevolutionären Bedingungen in eine konterrevolutionäre Situation verhindert werden. Von seinem türkischen Exil aus versuchte Trotzki durch eine Fülle von Aufsätzen, Broschüren und Korrespondenzen seine deutsche Anhängerschaft bei deren Versuch zu unterstützen, seine Einheitsfront-Konzeption in die Tat umzusetzen. Obschon seine Schriften damals nahezu im gesamten links-

4 FOITZIK (wie Anm. 1) S. 26; ALLES (wie Anm. 1) S. 27f., 60ff., 71ff., 76ff. u. 147; SCHÜLE (wie Anm. 1) S. 70ff., 79ff., 89–110 u. 133; SCHAFRANEK (wie Anm. 3) S. 272ff. u. 288ff.; ZIMMERMANN (wie Anm. 2) S. 232ff. u. 238ff.; dort jeweils auch Hinweise zur Struktur bzw. zu den Ortsgruppen beider Organisationen, darunter zur Verankerung der Mehrheitsgruppe z.B. in Frankfurt am Main, Kaiserslautern und Mainz sowie der Minderheitsgruppe u.a. in Ludwigshafen. – Siehe auch den Reprint: *Permanente Revolution*. Zeitschrift bzw. Wochenschrift der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten/Sektion der Internationalen Linken Opposition). 1. Jg. 1931 – 3. Jg. 1933 (Berlin). 2 Bde. Dortmund 1977.

5 Leo TROTZKI: *Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?* Auswahl aus "Schriften über Deutschland". Hrsg.: Helmut DAHMER. Einleitung: Ernest MANDEL. Frankfurt/M. 1971; zu Trotzki's Faschismusanalyse vgl.: E. MANDEL: *Trotzkis Faschismustheorie*. 2. Aufl. Frankfurt/M. 1977; ders.: *Leo Trotzki. Eine Einführung in sein Denken*. Berlin 1981, S. 102–115; ALLES (wie Anm. 1) S. 37–46; SCHÜLE (wie Anm. 1) S. 65–69; Horst LAUSCHER: *Trotzkis Beitrag zu einer Theorie des Faschismus*. In: Helga GREBING, Klaus KINNER (Hrsg.): *Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung*. Essen 1990, hier: S. 329–345.

oppositionellen Bereich zirkulierten, blieb ihnen eine konkret greifbare Resonanz letztendlich versagt.

Bei ihren Hauptadressaten stieß Trotzki's Forderung nach einer Blockbildung der KPD mit der SPD ohnehin auf taube Ohren: So wurde ihr Anfang 1932 von Willi Münzenberg, dem Reichstagsabgeordneten der KPD im Wahlkreis 19 (Hessen-Nassau), die Abfuhr erteilt, es handele sich hierbei um die "schlimmste, gefährlichste und verbrecherischste Theorie", die dieser "konterrevolutionäre Faschist" seit Jahren aufgestellt habe; der einzige antifaschistische Damm gegen die NSDAP sei und bleibe "die Kommunistische Partei und die von ihr geführte millionenstarke rote Einheitsfront"<sup>6</sup>. Damit propagierte Münzenberg zwar faktisch ein antinazistisches Bündnis seiner Partei nur mit sich selbst bzw. mit ihren Vorfeldorganisationen, aber politische Klarsicht galt in der KPD sowieso weniger als ideologische Linientreue. Zur Revision der "Sozialfaschismus"-Theorie sowie ihrer nicht weniger verheerenden "Einheitsfront"-Politik sollten die deutschen Stalinisten sich erst Mitte der dreißiger Jahre durchringen. Wegen ihrer im Widerstand ebenso wie im Exil angewandten Praktiken waren sie zu diesem Zeitpunkt allerdings längst derart diskreditiert, dass auch ihrer nun propagierten Politik einer antifaschistischen "Volksfront" unter Einschluss sozialistischer, sozialdemokratischer und sogar bürgerlich-demokratischer Kräfte die Kader anderer konspirativ gegen das "Dritte Reich" operierender Organisationen meist nicht folgen mochten. Dessen ungeachtet waren ihnen bestimmte Teilerfolge eine Zeitlang durchaus beschieden, so etwa im Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront während der Jahre 1936/37 in Paris. Die Trotzkiisten, damals politisch ohnehin fast vollständig isoliert, lehnten die ihrerseits als konterrevolutionär klassifizierte neue KP-Strategie rundweg ab.

### **Zum Widerstand der Landau-Gruppe**

Seit 1932 hatten die trotzkistischen Gruppen in Deutschland damit begonnen, sich auf die Illegalität vorzubereiten.<sup>7</sup> Die Abspaltung um Kurt Landau<sup>8</sup> war

6 Willi MÜNZENBERG: Trotzki's faschistischer Vorschlag einer Blockbildung der KPD mit der SPD. In: "Der Rote Aufbau. Halbmonatsschrift für Politik, Literatur, Wirtschaft, Sozialpolitik und Arbeiterbewegung", 5. Jg., Heft 4 (15. Februar 1932), zit. nach: Gerd STEIN (Hrsg.): Lumpenproletarier – Bonze – Held der Arbeit. Verrat und Solidarität. Kulturfiguren und Sozialcharaktere des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 5. Frankfurt/M. 1985, S. 134–140, hier: S. 137. – Vgl. auch: Babette GROSS: Willi Münzenberg. Eine politische Biografie. Leipzig 1991; Harald WESSEL: Münzenbergs Ende. Ein deutscher Kommunist im Widerstand gegen Hitler und Stalin. Die Jahre 1933 bis 1940. Berlin 1991; Werner RÖDER, Herbert A. STRAUSS u.a. (Bearb.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Bd. 1: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben. München, New York, London, Paris 1980, S. 514ff.

7 Zum Widerstand der Trotzkiisten gegen die NS-Diktatur siehe vor allem: ALLES (wie Anm. 1) S. 155ff. u. 193ff.; FOITZIK (wie Anm. 1) S. 65ff.; ZIMMERMANN (wie Anm. 2) S. 238ff.; SCHAFRANEK (wie Anm. 3) S. 357ff.; Stefan GOCH: Westdeutsche Trotzkiisten im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und im Exil. In: IWK. Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 32. Jg., Heft 2, (Juni 1996), S. 143–171; siehe auch die beiden, leider allzu knappen Zusammenfassungen von Hartmut MEHRINGER: Trotzkiisten. In: Wolfgang BENZ, Walter H. PEHLE (Hrsg.): Lexikon des Widerstandes. 2., durchges. Aufl., Frankfurt/M. 1994, S. 309f., sowie in: ders.: Wider-

1932/33 sogar verschiedentlich an die Mehrheitsgruppe mit dem Angebot zur Bildung eines gemeinsamen "Kampfblocks" gegen den Faschismus herangetreten, hatte dort aber keinerlei Widerhall gefunden. Anfang März 1933 beschloss eine Funktionärskonferenz die konspirative Weiterarbeit der Landau-Gruppe. Diese firmierte fortan als Linker Flügel der KPD/Marxisten-Internationalisten. Ihre illegalen Presseorgane, deren Auflagenhöhe jeweils 100 Stück schwerlich überstiegen haben dürfte, waren: "Der revolutionäre Vertrauensmann", der überhaupt nur in einigen Betrieben in Berlin und Hamburg abgesetzt werden konnte, "Die kritische Parteistimme – Von Genossen. Für Genossen", gedacht vor allem zur Agitation einiger schon kooperationsgewillter lokaler Gruppen der KPD und des Kommunistischen Jugendverbandes, sowie das zweimal im Monat erscheinende, mehr theoretisch ausgerichtete Kampforgan "Der Funke", das sich primär an die eigenen Mitglieder und Sympathisanten richtete. Nach jenem hektographierten Blatt wurde die Kaderorganisation auch Gruppe Funke genannt. Auf deren Beschluss hin emigrierte Landau noch im März nach Paris. Hier bildete er zusammen mit Hans Schwalbach, seinem unmittelbaren Nachfolger als politischer Leiter, der ihm jedoch bereits nach einem Vierteljahr ins Exil hatte folgen müssen, eine Auslandsvertretung. Seit Mai 1933 wurde dort auch eine Exilausgabe des "Funken" herausgegeben, die bis 1939 erscheinen konnte. Die konspirative Inlandsarbeit, angeleitet ab dem Juli von Erich Rätzke, nach dessen Festnahme im September 1933 schließlich von Reinhold Schedlich, litt erheblich unter dem chronischen Geldmangel der Gruppe. Infolgedessen konnten z.B. kaum Ausweichquartiere, schon gar keine Fluchtwege ins Ausland bereitgehalten werden, Minimalabsicherung jeder illegalen politischen Arbeit. Auch waren die konspirativen Techniken bei weitem nicht konsequent genug eingeübt, um dem faschistischen Fahndungsapparat auf Dauer zu trotzen. Eine erstaunliche operative Unbekümmertheit der Kader, mangelhafte Abwehrarbeit, dazu die stets riskante Ausweitung der Außenagitation, auch Denunziationen sowie Folter bereits Verhafteter trugen dazu bei, dass im März 1934 auf einen Schlag rund 150 Mitglieder und Sympathisanten der Funke-Gruppe festgenommen wurden, darunter die

---

stand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner. München 1997, S. 94f. – Vgl. ebenso die Proklamationen: Die Internationale Linksopposition. Ihre Aufgaben und Methoden [Dezember 1932]. In: Wolfgang ALLES (Hrsg.): Die kommunistische Alternative. Texte der Linken Opposition und der IV. Internationale 1932–1985. Frankfurt/M. 1989, S. 48–57; Die Taktik der KPD und der Internationalen Kommunisten Deutschlands (Trotzkisten) im Kampf gegen das Hitler-Regime [März 1935]. In: Hermann WEBER (Hrsg.): Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915–1945. 3. Aufl. Köln 1973, S. 397ff. – Zur Einführung bzw. als Hintergrundinformation gut geeignet sind einige autobiographische Werke, so etwa: Karl RETZLAW: Spartacus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters. 4. neugefasste Aufl. Frankfurt/M. 1976; Oskar HIPPE: ... und unsere Fahn' ist rot. Erinnerungen an sechzig Jahre in der Arbeiterbewegung. Hamburg 1979; Henry JACOBY: Davongekommen. 10 Jahre Exil 1936–1946. Prag – Paris – Montauban – New York – Washington. Erlebnisse und Begegnungen. Frankfurt/M. o.J.; ders.: Georg Jungclas 1902–1975. Eine politische Dokumentation. Von der proletarischen Freidenkerjugend im Ersten Weltkrieg ... zur Linken der siebziger Jahre. Nachwort: Ernest MANDEL. Hamburg 1980.

- 8 Zu Landau siehe: SCHAFRANEK (wie Anm. 3); FOITZIK (wie Anm. 1) S. 294; SCHÜLE (wie Anm. 1) S. 70–79 u. 152; ALLES (wie Anm. 1) siehe: Register; ZIMMERMANN (wie Anm. 2) siehe: Register; RÖDER, STRAUSS (wie Anm. 6) S. 412.

zentralen Funktionäre Schedlich, Henry Jacoby und Heinz Meyer. Damit waren die Inlandsstrukturen praktisch zerschlagen. Ihre Auslandskader lösten sich spätestens Ende 1934 von der trotzkistischen Tradition, der sie sich – trotz Ausschluss aus der Internationalen Linken Opposition und ihrer dieser gegenüber anhaltend scharfen Polemik - noch in gewisser Weise verpflichtet gefühlt hatten.

### **Der Widerstandskampf der Linken Opposition/Internationale Kommunisten Deutschlands (IKD)**

Die von Trotzki anerkannte Mehrheitsgruppe nahm die illegale Arbeit in einer Situation auf, als sie durch erneute innerorganisatorische Querelen beträchtlich geschwächt war. Hier erfolgten zudem erste Festnahmen in Berlin und Westdeutschland schon kurz nach dem Reichstagsbrand. Ihr Anführer, Anton Grylewicz<sup>9</sup>, flüchtete deshalb bereits im März 1933. Zunächst von Prag aus operierte er weiterhin gegen das "Dritte Reich". Seine dort verbliebenen Anhänger vermochten den Widerstand nahezu überall da zu organisieren, wo schon vor 1933 Stützpunkte bestanden hatten. Die konspirative Arbeit der Ortsgruppen und Bezirke sollte durch ihre Berliner Leitung zentral angeleitet werden. Ihre taktische Orientierung zielte anfangs auf Bildung von Kadern innerhalb von KPD und Sozialistischer Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), dazu ebenso auf konspirative Betriebsarbeit, welche wiederum der Kadergewinnung zu dienen hatte. Der Aufbau illegaler Gewerkschaften, wie ihn zu jener Zeit die Stalinisten bzw. die KPD-Opposition propagierten, wurde dagegen als illusorisch erachtet. Auf der unteren Ebene wurden Kleingruppen mit lediglich fünf, später nur noch drei Mitgliedern gebildet. Diese Basiseinheiten wurden auf Ortsebene zusammengefasst. Ihre Leiter wählten einen gemeinsamen Kontaktmann, durch den vor allem die Verbindung zum jeweiligen Bezirk bzw. nach Berlin aufrechtzuerhalten war. Bezirksorganisationen existierten außer in der Reichshauptstadt in Hamburg, Mittel-, West-, Südwest- bzw. Süddeutschland sowie in der Freien Stadt Danzig. Während des Frühjahrs 1933 erhielt die Organisation erheblichen Zuwachs durch abtrünnige KPD-Mitglieder, wodurch ihr zeitweilig annähernd 1.000 Personen angehörten. Zusätzlich zu ihrer Berliner Leitung wurde Mitte 1933 auch eine Jugendleitung aktiv. Durch den ungeheuren Verfolgungsdruck und erneute Festnahmen wurde wiederholt die völlige Neubildung der Inlandsleitung erforderlich. Parallel dazu war seit dem Sommer in Paris ein Auslandskomitee installiert. Diese Exilleitung operierte zunächst unter Führung von Erwin Ackerknecht<sup>10</sup>, der bis zu seiner Flucht Anfang Juni 1933 die Inlandsarbeit angeleitet hatte. Auslandsstützpunkte bestanden außerdem im Saargebiet, in Brüssel, Stockholm, Os-

9 Zu Grylewicz siehe: ALLES (wie Anm. 1) siehe: Register; SCHAFRANEK (wie Anm. 3) siehe: Register; SCHÜLE (wie Anm. 1) S. 150f.; FOITZIK (wie Anm. 1) S. 276; ZIMMERMANN (wie Anm. 2) siehe: Register; Martin SCHUMACHER (Hrsg.): M. d. R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Düsseldorf 1991, S. 248; RÖDER, STRAUSS (wie Anm. 6) S. 251.

10 Zu Ackerknecht siehe: FOITZIK (wie Anm. 1) S. 246; SCHÜLE (wie Anm. 1) S. 147f.; RÖDER, STRAUSS (wie Anm. 6) S. 3f.; ALLES (wie Anm. 1) siehe: Register; SCHAFRANEK (wie Anm. 3) siehe: Register.

lo, Wien, Prag und London; zu deren Hauptaufgaben gehörte u.a. die Flüchtlingshilfe. In Basel, Amsterdam, Antwerpen, Kopenhagen und Reichenberg standen die Exilgruppen überdies mit der Untergrundorganisation in Deutschland unmittelbar in Verbindung und sorgten für den Schriftenschmuggel und den Informationsaustausch.<sup>11</sup> Eine feste Verbindung hatte das Auslandskomitee wohl nur zur Berliner Leitung sowie nach Magdeburg. Von Berlin aus bestanden wiederum engere Kontakte lediglich zu einigen wenigen Inlandsgruppen, so nach Hamburg, Magdeburg mit Dresden und Leipzig, auch nach Gelsenkirchen sowie nach Frankfurt am Main. Ansonsten waren die diversen lokalen bzw. regionalen Gruppen im Reich bald weitgehend auf sich allein gestellt, bleiben die Materialsendungen aus Paris bzw. der Tschechoslowakei sowie die in etwa halbjährlichem Turnus mit dem Auslandskomitee geführten konspirativen Korrespondenzen außer Betracht.

Die im Herbst 1933 erfolgte Umbenennung der offiziellen Linken Opposition in Internationale Kommunisten Deutschlands (IKD) dokumentierte, dass die Internationale Linke Opposition (ILO) nach dem "Bankrott" von KPD und Komintern gerade in Deutschland von der bis dahin verfolgten Orientierung auf eine künftige Reform von Sowjetunion und Komintern abrückte. Für Trotzki war das Versagen der KPD gegenüber dem Hitlerfaschismus 1933 eine nicht minder gravierende Zäsur in die politische und moralische Substanz der Arbeiterbewegung wie die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten 1914. Nunmehr wurde von seinen deutschen Anhängern der ehrgeizige Anspruch erhoben, nicht mehr nur als linksoppositionelle Fraktion der kommunistischen Bewegung, sondern als Keimzelle einer wahrhaft revolutionären Partei bzw. Teil einer ebensolchen Internationale in spe aufzutreten. Um die Jahreswende 1934/35 waren im gesamten Deutschen Reich wohl nur noch etwa 200 Kader der IKD aktiv, weniger als ein Viertel davon in Berlin, etwa 50 waren bis dahin ins Ausland ausgewichen.

### **Neue Widerstandstaktik bescherte den Trotzkiisten härteste Zerreißproben**

Nicht zuletzt wegen ihrer eklatanten personellen Schwäche mussten gerade die linksradikalen Splittergruppen im Widerstand prinzipiell immer um antifaschistische Kampfbündnisse mit anderen proletarischen Organisationen bemüht sein. Die IKD umwarben zu diesem Zweck insbesondere die ungleich größere SAP, hier und da den kleinen Internationalen Sozialistischen Kampfbund, die Reste des Leninbundes, auch eher sozialdemokratisch orientierte Gruppen, z.B. den Roten Stoßtrupp, dazu parteiunabhängige Kreise, etwa die Gruppe Revolutionärer Pazifisten sowie die Naturfreunde, und genauso bestimmte kommunistische Kader, die man für eine Zusammenarbeit geeignet hielt. Die Verbindungen zur

---

11 Zur Arbeit der Trotzkiisten im Exil siehe vor allem: ALLES (wie Anm. 1) S. 159ff., 205ff., 213ff., 219ff., 244ff., 258ff. u. 272ff.; FOITZIK (wie Anm. 1) S. 102f., 125ff. u. 176ff.; SCHAFRANEK (wie Anm. 3) S. 347ff.; GOCH (wie Anm. 7). – Vgl. ebenso die Proklamation: Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale. Das Übergangsprogramm (1938). In: ALLES (Hrsg.), Die kommunistische Alternative (wie Anm. 7) S. 61ff. – Siehe auch die Biographie von Schafraneck über Landau (wie Anm. 8) sowie die Autobiographien von Retzlaw und Jacoby (wie Anm. 7).

Kommunistischen Partei wurden freilich Ende 1933 aus Sicherheitsgründen gekappt.<sup>12</sup> Die taktische Neuorientierung Trotzki's vom Frühjahr 1933, nicht mehr speziell auf einen Kursschwenk der – seines Erachtens – komplett diskreditierten KPD hinzuarbeiten, sondern dem Aufbau einer gänzlich neuen kommunistischen Avantgardepartei Vorschub zu geben, stieß bei der Mehrheit seiner deutschen Gefolgsleute zunächst auf Ablehnung. Der von ihm hierfür primär ausersehene Partner, die SAP, bekundete verhaltenes Interesse. Die nun folgenden Verhandlungen und Strategiediskussionen beider Organisationen zogen sich hin, bis das Vorhaben 1935 definitiv gescheitert war. Dementsprechend singular blieben die gemeinsamen Richtlinien für die revolutionäre Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit in Hitlerdeutschland, welche für die Schaffung eines reichsweiten Vertrauensleutenetzes mit eindeutig politischer Stoßrichtung plädierten, das Abkommen über eine Kampfgemeinschaft zwischen dem SAP-Jugendverband und den Jungtrotzkisten in Paris und ebendort die Bildung einer deutschsprachigen sozialistischen Gruppe durch meist jüngere Mitglieder von SPD, KPD, SAP und der Trotzkisten. Deren Bestrebungen, sich im Exil auch an anderen kartellartigen Zusammenschlüssen linker Parteien und Gruppierungen zu beteiligen, so etwa im Internationalen Büro revolutionärer Jugendorganisationen in Oslo, erbrachten auf Dauer genausowenig nennenswerte Ergebnisse.

Im innerdeutschen Widerstand hingegen gab es auf regionaler Ebene – und dies immerhin bis 1935/36 – durchaus einige festere Kooperationen, so zwischen SAP- und IKD-Gruppen in Berlin, Westdeutschland, Dresden und Danzig.<sup>13</sup> Ansonsten war die Arbeit der trotzkistischen Inlandskader, mehr noch die der Exilgruppen durch die üblichen politisch-ideologischen Dispute, durch Abspaltungen und Ausschlüsse geprägt, ein generelles Problem von Gruppen, die einen sehr hohen revolutionären Anspruch haben, aber unfähig sind, eine diffizile objektive Situation, also Rückschläge und Niederlagen, politisch adäquat zu verarbeiten. Noch nicht einmal ihr Spiritus rector war unter ihnen unangefochten: Die von Trotzki 1934 seinen französischen Anhängern zur Überwindung ihrer Isolation empfohlene Entrismus-Taktik gegenüber der dortigen Sozialistischen Partei bescherte auch den IKD-Gruppen härteste Zerreißproben. Sogar deren Untergrundarbeit geriet hierdurch in Mitleidenschaft. So separierte sich wegen dieser Frage in Berlin eine etwa fünfzehnköpfige Oppositionsgruppe, immerhin rund 25 Prozent der Bezirksstruktur. Während es dort nach einigen Wochen allerdings zu einer Wiederannäherung der unterschiedlichen Positionen kam – offenbar blieb nur ein Funktionär auf Dauer ausgeschlossen –, endete der Konflikt im Exil mit der Abspaltung der Entrismus-kritischen Minderheitsfraktion, die dann, wenngleich nur vorübergehend, eine neue politische Heimat in der SAP fand. Ähnlich harte

---

12 ALLES (wie Anm. 1) S. 196f.; FOITZIK (wie Anm. 1) S. 67; HIPPE (wie Anm. 7) S. 146 u. 165; ZIMMERMANN (wie Anm. 2) S. 252f.

13 ALLES (wie Anm. 1) S. 163ff., 170ff. u. 219ff.; FOITZIK (wie Anm. 1) S. 68, 176ff. u. 185ff.; GOCH (wie Anm. 7) S. 157ff.; siehe auch: Hanno DRECHSLER: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik. Hannover 1983, S. 330ff. u. 338ff., ebenso: Jörg BREMER: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Untergrund und Exil 1933–1945. Frankfurt/M., New York 1978, S. 141ff. u. 148ff.

Kontroversen bescherte den IKD-Kadern 1934/35 der sogenannte Kirchenkampf, der nach den Vorstellungen des Auslandskomitees sowie Trotzki bedingungslos zu unterstützen war, eine Position, die maßgeblich zur politischen Neuorientierung der Organisation beitrug.<sup>14</sup>

### Die Widerstandsstrukturen im Rhein-Main-Gebiet

Im Rhein-Main-Gebiet waren die Trotzlisten am Ende der Weimarer Republik lediglich in zwei Städten verankert<sup>15</sup>: Der Frankfurter Stützpunkt, zuvor mit maximal drei Mitgliedern gänzlich unbedeutend, hatte sich nach dem Übertritt des örtlichen Leninbundes im August 1932 rasch zu einer der großen Ortsgruppen der von Trotzki anerkannten Linken Opposition entwickelt. Fritz Belleville<sup>16</sup>, vordem führender Funktionär des Leninbundes, war für kurze Zeit selbst an die Spitze der Frankfurter Struktur gerückt. Deren Führungsebene bestand künftig aus einem politischen Leiter, einem Organisationsleiter, einem Leiter für Agitation und Propaganda sowie einem Kassierer. Zur gleichen Zeit war Belleville auch

14 ALLES (wie Anm. 1) S. 205ff. u. 225ff.; SCHAFRANEK (wie Anm. 3) S. 368f.

15 Speziell zum Widerstand in Mainz und in Frankfurt, sofern nicht anders vermerkt, siehe: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand der Trotzlisten, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 260–266; hierin vor allem: Anklageschrift des Oberreichsanwalts gegen Wilhelm Dörter vom 8. März 1934 (8 J 1865/33. – 8) sowie Urteil des 1. Senats des „Volksgerichtshofs“ vom 23. August 1934 gegen denselben (8 J 1865/33. – 1 H 1/34). – Zudem: HHStA Wiesbaden Abt. 518 Nr. 2511, darin: Anklageschrift des Generalstaatsanwalts in Kassel gegen Eva Reichwein u.a. vom 24. Januar 1934 (0 J. 1/34); HHStA Wiesbaden Abt. 518 Nr. 391, darin: Anklageschrift des Generalstaatsanwalts in Kassel gegen Hans Heubach u.a. vom 10. Juli 1936 (0 Js. 105/36). Der Verf. dankt Volker Eichler und Peter Haberkorn vom HHStA Wiesbaden für die freundliche Unterstützung, vor allem für die Recherche in der Datenbank „Widerstand und Verfolgung unter dem Nationalsozialismus in Hessen“ – vgl. zu diesem unverzichtbaren Hilfsmittel: V. EICHLER: „Widerstand und Verfolgung unter dem Nationalsozialismus in Hessen“. Ein Dokumentationsprojekt der hessischen Staatsarchive. In: Renate KNIGGE-TESCHE, Axel ULRICH (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933–1945. Frankfurt/M. 1996, S. 612–624; ebenfalls dankt der Verf. Jens-Uwe Eckl vom StadtA WI für die umfangreichen Recherchen in der Microfiche-Edition des Instituts für Zeitgeschichte zum Widerstand – siehe hierzu: Jürgen ZARUSKY, Hartmut MEHRINGER u.a. (Bearb.): Widerstand als „Hochverrat“ 1933–1945. Die Verfahren gegen deutsche Reichsangehörige vor dem Reichsgericht, dem Volksgerichtshof und dem Reichskriegsgericht. Erschließungsband zur Microfiche-Edition. München 1998 (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 7); besonderer Dank gebührt Renate Knigge-Tesche, Jochen Dollwet und Hans-Gerd Öfinger für Beratung und Kritik.

16 Zu den Frankfurter und Mainzer Stützpunkten, zu Belleville sowie zum trotzlistischen Exil in der Schweiz siehe auch: ALLES (wie Anm. 1) S. 76ff., 133f., 147, 161f., 197, 238, 240, 242, 278f. u. 281; SCHÜLE (wie Anm. 1) S. 84 (Organisationskarten), 109, 133 u. 148; HIPPE (wie Anm. 7) S. 138 u. 142; ZIMMERMANN (wie Anm. 2) S. 232; FOITZIK (wie Anm. 1) S. 68 u. 129f.; Erinnerung Hans Kampffmeyers an die Versuche, nach der Gründung der SAP an der Frankfurter Universität eine studentische Einheitsfront zu bilden, Oktober 1931–1933. In: Judith PÄKH (Bearb.): Frankfurter Arbeiterbewegung in Dokumenten 1832–1933. Bd. 2: Vom Ersten Weltkrieg bis zur faschistischen Diktatur 1914–1933. Hrsg.: Verein für Frankfurter Arbeitergeschichte. Frankfurt/M. 1997, S. 1399–1402, hier: S. 1401; Hermann WICHERS: Im Kampf gegen Hitler. Deutsche Sozialisten im Schweizer Exil 1933–1940. Zürich 1994, S. 214ff., wobei allerdings etliche Unklarheiten und sogar widersprüchliche Angaben beispielhaft davon zeugen, wie wenig dieser Autor in die Spezifika der konspirativen Arbeit gegen das „Dritte Reich“ eingedrungen ist.



in die Reichsleitung um Grylewicz kooptiert worden. Außerdem hatte er die Arbeit der Gruppen in Mainz und München zu koordinieren. Diese von ihm unmittelbar angeleiteten Stützpunkte bildeten zusammen mit einigen kleineren Ortsgruppen den südwest- bzw. süddeutschen Bezirk. Bereits im Oktober 1932 war Belleville indes nach Basel gewechselt, um Nationalökonomie, Philosophie und Geschichte zu studieren. Schon bald hatte er dort einen neuen trotzkistischen Stützpunkt initiiert. Mit dem innerdeutschen Widerstand blieb er gleichwohl noch eine ganze Weile in Verbindung und besuchte seine alten Gesinnungsfreunde hierfür auch unmittelbar vor Ort.

Parallel zu den Gruppen der Linken Opposition um Grylewicz waren schon vor 1933 trotzkistische Zellen innerhalb diverser SAP-Stützpunkte gebildet worden. Seit Gründung jener Partei im Herbst 1931 hatten die Theorien Trotzki unter deren Anhängern einigen Anklang gefunden. Gerade weil sich in der Frankfurter SAP sowie in deren Jugendverband ausgeprägte protrotzkistische Tendenzen bemerkbar gemacht hatten, war Belleville 1932 beauftragt worden, durch eine organisierte Mitarbeit deren Politik zu beeinflussen und neue Kader für die Linke Opposition zu gewinnen. Eine wichtige Operationsbasis war für ihn die SAP-Fraktion innerhalb der Roten Studentengruppe an der Frankfurter Universität. Auch andernorts waren die Trotzki-Sympathisanten innerhalb der SAP zu speziellen Gruppen zusammengefasst worden, beispielsweise in der Pfalz, wo sie gleichfalls rasch an Boden gewannen. Die in der SAP mehr oder minder verdeckt operierenden Kader standen in ständiger Verbindung mit Grylewicz in Berlin und wurden von dort mit Schriftenmaterial beliefert, bis Anfang 1933 hauptsächlich mit dem Zentralorgan "Permanente Revolution" sowie dem in unregelmäßiger Folge herausgebrachten, exklusiv für die interne Diskussion bestimmten "Mitteilungsblatt der Reichsleitung der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten/Sektion der Internationalen Linken Opposition)". Zwischen September 1932 und Februar 1933 zirkulierten zudem in Frankfurt und Mainz, auch in Berlin und anderswo die von einer kleinen protrotzkistischen Fraktion innerhalb der SAP einmal pro Monat herausgegebenen "Oktober-Briefe", die der ideologischen Orientierung auf die Positionen der Linken Opposition dienen wollten.

Auf lokaler wie überregionaler Ebene klappte die Kooperation der offiziellen Trotzkistengruppen mit ihren Gesinnungsfreunden innerhalb der SAP in der Regel reibungslos, so auch in Mainz und Frankfurt. Anfang 1933 sollen sich in Mainmetropole bis zu 50 Personen zur Linken Opposition der KPD bekannt haben, wobei zu berücksichtigen ist, dass sich dort fast die gesamte Gruppe in die örtliche SAP eingeklinkt hatte. Der innerparteilichen Trotzki-Gruppe in Mainz gehörten nur etwa fünf bis sechs Personen an, etwa ein Zehntel der Gesamtstärke der SAP-Ortsgruppe zu jener Zeit. Die Bildung dieser Fraktion war Ende 1932 von Willi Dörter und einem "Lehrer Richards" ausgegangen. Recht bald hatte es Dörter vermocht, an die Spitze der Mainzer SAP, d.h. ihrer zur Untergrundarbeit gewillten Mitglieder zu rücken.

Schon kurz nach der Machtübertragung an Hitler brachte die Mainzer Gruppe antifaschistisches Schriftenmaterial zur Verbreitung, das ihr wiederum von der Berliner Leitung der Linken Opposition zugeleitet wurde, darüber hinaus im April 1933 eine Ausgabe der von ihr selbst gefertigten Zeitung "Die kritische Par-

teistimme", mit der speziell abgesprungene KPD-Anhänger angeworben werden sollten. Natürlich wurde auch Propagandamaterial der SAP verteilt. Nachdem offenbar die Logistik für Mainz funktionierte, ging Dörter im Frühjahr 1933 zurück nach Frankfurt, wo er vordem u.a. Philosophie und Nationalökonomie studiert und als Hilfskraft im Archiv des Instituts für Sozialforschung gearbeitet hatte. Umgehend setzte er seine trotzkistischen Aktivitäten innerhalb der dortigen SAP fort. Anfangs kooperierte er hierbei mit Wilhelm Hill, Bellevilles Nachfolger als Stützpunktleiter, bis dieser Mitte des Jahres wegen interner Differenzen seiner Funktion enthoben wurde und kurz darauf flüchtete. Die lokale Leitung lag seitdem in Händen des Studenten Alfred Hooge. Dieser wollte jedoch die Frankfurter Trotzki-Gruppe aus der SAP herauslösen, um sie als eigenständige Organisation fortzuführen. Die diesbezüglichen Differenzen wurden im August 1933 während einer Funktionärskonferenz, an der sogar ein Vertreter der Berliner Inlandsleitung teilnahm, zugunsten Dörters entschieden, also im Sinne des Verbleibs der Gruppe in der SAP.

Dörter gehörte zu jener Zeit unmittelbar zur operativen Führung der trotzkistischen Gruppen in Mainz wie in Frankfurt. Selbst untereinander benutzten deren Mitglieder Decknamen: Dörters Nom de guerre lautete "Bill Gießen". Da ein "Lehrer Richards" in Mainz nicht nachweisbar ist, könnte es sich hierbei ebenfalls um einen Tarnnamen gehandelt haben. Die konspirativen Korrespondenzen, meist solche mit Berlin sowie mit Trotzkiisten im Exil, liefen über Deckadressen, auch waren sie chiffriert bzw. mit Geheimtinte in scheinbar unverfänglichen Schreiben verborgen; nach der Lektüre mussten diese Briefe umgehend vernichtet werden. Überregionale Verbindungen bestanden des Weiteren mit Gruppen in Westdeutschland sowie in Leipzig und München. Verschiedentlich wurde auch Fluchthilfe für von Verhaftung bedrohte Gesinnungsfreunde geleistet, so z.B. für Helmut Schneeweiß<sup>17</sup> von der Reichsleitung der Linken Opposition.

Zu dem von Dörter, "Richards", Hill, Hooge und einigen anderen teils in Mainz, teils in Frankfurt hergestellten bzw. zumeist in beiden Städten in Umlauf gebrachten Propagandamaterial gehörten eine Flugschrift mit Trotzki's "Gespräch mit einem sozialdemokratischen Arbeiter", desgleichen dessen "Tragödie des deutschen Proletariats", der "Aufruf der Internationalen Linksopposition an die Arbeiter aller Länder" und eine im Sommer 1933 neugeschaffene Regionalzeitung für das Rhein-Main-Gebiet. Jenes kurzlebige Organ, dessen Titel, "Permanente Revolution", sich bewusst an dem der mittlerweile eingestellten Reichsausgabe der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten) anlehnte, wurde von Dörter redigiert, wobei er die Artikel vorwiegend anderen kommunistischen und auch bürgerlichen Zeitungen entnahm. Tarnungshalber war als Erscheinungsort München angegeben. Ihre Auflagenhöhe war gering: So wurden durch die Frankfurter Trotzki-Gruppe nicht mehr als 40 bis 50 Exemplare abgesetzt.

Die zweite Nummer dieser "Permanente Revolution", die für den Monat Juli, konnte bereits nicht mehr vervielfältigt werden. "Richards" hatte Dörter die

---

17 Zu Schneeweiß (= Paul Becker) siehe: ALLES (wie Anm. 1) S. 78, 80ff., 148, 213 u. 279; SCHÜLE (wie Anm. 1) S. 153f.; HIPPE (wie Anm. 7) S. 126ff.; FOITZIK (wie Anm. 1) S. 68.

Matrizen hierfür zwar ausgehändigt, jedoch wurden sie von diesem am 11. September 1933 in Frankfurt angeblich “versehentlich in einem Straßenbahnwagen” liegen gelassen.<sup>18</sup> Gleichviel, während der in Mainz für die antinazistische Propaganda maßgebliche “Richards” zu jener Zeit vermeintlich “flüchtig” war, wurde Dörter am 14. September 1933 festgenommen. Anderthalb Monate später erwischte es fünf Mitglieder seines Frankfurter Stabes, die Arbeiter Felix Hanusch, Adolf Pracht und Friedrich Keim sowie die beiden Studenten Hooge und Eva Reichwein, die sämtlich am 3. November in Untersuchungshaft kamen. Willi Dörter, der nach seiner Festnahme erst vier Monate “in polizeilicher Schutzhaft” verbracht hatte, bevor er ins Untersuchungsgefängnis verlegt worden war, wurde eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren zuerkannt<sup>19</sup>; die siebenmonatige Untersuchungshaft wurde auf seine Strafe angerechnet. Hooge, Keim und Reichwein wurden jeweils zu Gefängnisstrafen von einigen Monaten verurteilt, wobei die Strafe der letzteren durch die Untersuchungshaft verbüßt war; sie emigrierte dann nach Frankreich. Pracht wurde ohne Urteil aus der Untersuchungshaft entlassen, Hanusch erhielt Freispruch. Vermutlich gänzlich unabhängig von diesem Verfahren sind 1933 auch Josef Scherpf und Otto Kilian<sup>20</sup> verhaftet worden. Letzterer war im Vorjahr vom Leninbund zur Linken Opposition in Frankfurt übergewechselt und soll dann während der NS-Zeit in mehreren KZs inhaftiert gewesen sein, bis er 1945 im KZ Bergen-Belsen umkam.

### **Versuche zur organisatorischen Verbreiterung erhöhten das Verhaftungsrisiko enorm**

Inwieweit den faschistischen Fahndern – sei es durch Observation, durch Erpressung bzw. Folter, sei es durch eingeschleuste Spitzel oder durch Denunziationen – die Aufdeckung konspirativer Verbindungen der trotzkistischen Strukturen im Rhein-Main-Gebiet auch zu anderen linken Widerstandsorganisationen gelang, ist nicht mehr einwandfrei zu klären. Fest steht nur, dass die Frankfurter Trotz-kisten dank ihrer Infiltrationstaktik von Anfang an über Verbindungen zu illegalen Kadern der SAP sowie ihres Sozialistischen Jugendverbandes verfügten, früh

---

18 So jedenfalls die entsprechende Formulierung in der Urteilsschrift gegen Dörter; in der Anklageschrift findet sich ein ähnlicher Wortlaut. Diese Behauptung ist jedoch wenig glaubhaft: Einerseits hätte Dörter damit eklatant gegen alle konspirativen Regeln verstoßen, andererseits findet sich im Prozessmaterial gegen seine Gruppe sogar ein Hinweis, aus dem hervorgeht, dass Dörter offenbar “umgefallen” war. Abgesehen davon sind zu jener Zeit in Strafverfahren gegen alle möglichen Widerstandsgruppen derart oft ähnliche Begründungen für das Einbrechen der Fahnder in die illegalen Strukturen enthalten, dass sich der Verdacht staatsanwaltlicher Einflussnahme im Sinne einer “Kronzeugenregelung” nicht ohne weiteres von der Hand weisen lässt. Die lebensgeschichtliche Erfahrung und nicht weniger die statistische Wahrscheinlichkeit widersprechen jedenfalls der hohen Zahl vorgeblich verlorener Aktentaschen und Adressenlisten, von denen in politischen Strafprozessen der NS-Zeit so oft die Rede ist.

19 Vgl. auch den Eintrag zu Dörter in: Material zu einem Weißbuch der deutschen Opposition gegen die Hitlerdiktatur. Erste Zusammenstellung ermordeter, hingerichteter oder zu Freiheitsstrafen verurteilter deutscher Gegner des Nationalsozialismus. Hrsg. in London vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (als Manuskript vervielfältigt). London 1946, S. 77; vgl. ebenso hierzu: BREMER (wie Anm. 13) S. 90, Anm. 3.

20 Zu Kilian siehe: SCHÜLE (wie Anm. 1) S. 151.

auch zu solchen der Jugendgruppe des örtlichen Zentralverbandes der Angestellten<sup>21</sup>, zu einzelnen Mitgliedern des SPD-Widerstandes, selbst zu manchen Anhängern der KPD. Eine konspirative Kontaktaufnahme mit anderen proletarischen Organisationen war schon deshalb nötig, um vielleicht doch noch die diversen Gruppen des linken Lagers zu einer Einheitsfront zusammenzufassen, wenngleich nun unter deutlich erschwerten Kampfbedingungen und vorerst reduziert auf die lokale bzw. perspektivisch erweitert auf die regionale Ebene. Mehr noch war dies erforderlich, wollte man das Konzept einer neuen revolutionären Partei konkretisieren, für das sich damals – obschon mit jeweils unterschiedlicher Akzentuierung – die allermeisten Kleinorganisationen am Rande von SPD und KPD stark machten. Sämtliche Versuche einer solchen organisatorischen Verbreiterung erhöhten andererseits enorm die Gefahr von Verhaftungseinbrüchen durch die Gestapo, dies vor allem bei Kontakten zum illegalen Apparat der KPD.

Wie riskant jede Annäherung an die Untergrundstrukturen gerade jener Partei war, haben zahlreiche Antifaschisten während des “Dritten Reiches” leidvoll erfahren müssen. Kaum bekannt dürfte sein, dass die Stalinisten mitunter noch nicht einmal Skrupel kannten, in ihrer Untergrundpresse konspirative Strukturen anderer linker Parteien und Gruppierungen aufzudecken, wodurch jene letztendlich der Gestapo ans Messer geliefert wurden. So fabrizierte die KPD in Berlin, Breslau und andernorts spezielle “Rundbriefe” mit präzisen Angaben zu den politischen Aktivitäten und sogar den illegalen Quartieren namentlich aufgeführter Trotzlisten, deren Festnahmen nicht lange auf sich warten ließen.

Ähnliches hat sich im Rhein-Main-Gebiet zugetragen: Im Frühjahr 1933 haben hier offenbar vereinzelt Geheimekontakte der Trotzlisten zu einer Gruppe südhessischer Sozialdemokraten um den Reichstagsabgeordneten Carlo Mierendorff bestanden. Diese versuchte, ausgehend von Frankfurt und Umgebung und unter Rückgriff auf das bereits im Sommer des Vorjahres zur Vorbereitung der illegalen Arbeit u.a. speziell in Hessen eingeführte “Pioniersystem” der SPD<sup>22</sup>, ein erstes konspiratives Vertrauensleutesystem aufzuziehen. Aktivisten hierfür wurden nicht nur im eigenen politischen Lager angeworben, sondern man bemühte sich um Bündnispartner eigentlich im gesamten linkssozialistischen Bereich. Jener Prototyp einer regional verankerten, parteiübergreifenden Untergrundbewegung scheiterte jedoch bereits in seiner Anlaufphase an den sofort sehr heftigen Verfolgungsmaßnahmen. Ob dies deren unmittelbarer Auslöser war oder nur ein Verursachungsfaktor unter mehreren, muss dahingestellt bleiben, jedenfalls denunzierte just zu jener Zeit eine Betriebszeitung der kommunistischen Revolutionären Gewerkschaftsopposition diese Widerstandsstrukturen in statu

---

21 Paul GRÜNEWALD: Frankfurter ZdA-Jugend im Widerstand. In: Axel ULRICH (Red.): Hessische Gewerkschafter im Widerstand 1933–1945. Hrsg.: DGB-Bildungswerk Hessen u. Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945. 2., unveränd. Aufl. Gießen 1983, S. 54–59, hier: S. 58.

22 Siehe hierzu: Richtlinien des (SPD-)Partei Vorstandes für die Einführung des “Pioniersystems” (Frühjahr 1932). In: Erich MATTHIAS, Rudolf MORSEY (Hrsg.): Das Ende der Parteien. Düsseldorf 1960, S. 215f.; Deutsche Gesandtschaft Brüssel: Material über illegale Organisationen in Deutschland – Das Pioniersystem. Die illegale Organisationsform der SPD in Deutschland (25. Juli 1933), Dokumentationsarchiv: Deutscher Widerstand, Frankfurt/M., AN 1813.

nascendi: Der "Scheinwerfer. Organ der Belegschaft der Verkehrsbetriebe Wiesbaden" attackierte in seiner Ausgabe vom Mai 1933<sup>23</sup> dieses von militanten Sozialdemokraten initiierte Vertrauensleutesystem aufs schärfste. Anstoß genommen wurde vor allem an dessen strategischem Zweck, "in Opposition gegen den Parteivorstand" der SPD eine neue "Arbeiterpartei" mit angeblich "im wesentlichen leninistischem Programm" aus der Taufe zu heben, um so "die klassenbewussten, aktivsten und besten sozialdemokratischen Arbeiter vom Übergang zur KPD abzuhalten". Auch die vermuteten finanziellen Unterstützer des Vorhabens sowie die ins Auge gefassten Kooperationspartner aus dem nichtsozialdemokratischen Spektrum wurden geoutet: die SAP, welche kurz zuvor auf Reichsebene die konspirative Weiterarbeit ihrer damals noch über 15.000 Anhänger beschlossen hatte, die zur gleichen Zeit insgesamt etwa 3.000 Mitglieder zählende KPD-Opposition und eben die im Vergleich dazu recht unbedeutenden Trotzlisten.

Da der besagte kommunistische Hetzartikel als Protagonisten Mierendorff sowie dessen engen Mitstreiter Siegfried Höxter auch noch mit vollem Namen brandmarkte, war dies eine unverhohlene Aufforderung an die Gestapo zu deren Verhaftung. Während Mierendorff und einige seiner Vertrauten bald darauf festgenommen und zum Teil umgehend "ins KZ Osthofen verbracht" wurden, glückte anderen die Flucht, darunter Höxter, vormals Führer des SPD-nahen Sozialistischen Deutschen Studenten-Bundes in Frankfurt und Aktivist des Reichsbanners Schwarz Rot Gold, sowie Heinrich G. Ritzel, Reichstagsabgeordneter der SPD und – wie Mierendorff – langjähriger Gefolgsmann Wilhelm Leuschners. Ironie der Geschichte: Emil Schmidt, letzter Vorsitzender der Frankfurter Sozialistischen Arbeiterjugend, der mit von der Partie und im Sommer 1933 drei Wochen lang inhaftiert gewesen war, trat nach seiner Freilassung der illegalen KPD bei.

Um ihren "Führungsanspruch" im antifaschistischen Kampf durchzusetzen, war den Stalinisten jedes Mittel recht. Im gleichen Jahr wurden die Trotzlisten noch aus einem weiteren Grund Opfer ihrer politisch-ideologischen Rivalität mit der KPD: Während sie von dieser fortwährend als "Gestapo-Agenten" diffamiert wurden, hatte der parteiinterne Abwehrapparat der KPD sie schon vor 1933 systematisch observiert. Als Ende 1933 der Gestapo deren zentrales Abwehrarchiv in die Hände fiel, führte dies automatisch zur Festnahme auch etlicher IKD-Kader. Dass die antitrotzkistischen Diffamierungs-, Denunziations- und Verfolgungspraktiken der Stalinisten, die insbesondere in der UdSSR und während des Spanischen Bürgerkrieges nicht einmal vor Liquidation ihrer kommunistischen Kontrahenten haltmachten, und nicht minder deren unglaubliche Naivität hinsichtlich der faschistischen Fahndungsmethoden im In- wie im Ausland gleichermaßen fatale Folgen für die IKD zeitigten, sei hier nur angemerkt.<sup>24</sup>

23 Auszugsweise abgedruckt in: Lothar BEMBENEK, Axel ULRICH: Widerstand und Verfolgung in Wiesbaden 1933–1945. Eine Dokumentation. Hrsg.: Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden – Stadtarchiv. Gießen 1990, S. 110ff.

24 Zum KPD-Abwehrarchiv usw. siehe: FOITZIK (wie Anm. 1) S. 69; MEHRINGER: Widerstand und Emigration (wie Anm. 7) S. 95; vgl. hierzu auch: Bernd KAUFMANN u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937. Berlin 1993, S. 315ff. – Zu den stalinistischen Verbrechen an den Trotzlisten siehe: Stéphane COURTOIS u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit dem Kapitel "Die Aufarbeitung des So-

## **Zusammenarbeit zwischen den Widerstandsstützpunkten im Inland und im Exil**

Zu den wichtigsten Aufgaben der trotzkistischen Auslandskampfposten gehörten – wie bei allen anderen nach dort ausgewichenen Parteien und Gruppierungen auch – die politische Unterstützung ihrer in Deutschland operierenden Kader sowie die umfassende Aufklärung ihrer Zufluchtsländer über die Lage im “Dritten Reich”, vor allem über die sich dort ständig verschärfende Repression und die sich bereits deutlich mehrenden Anzeichen einer unmittelbaren Kriegsgefahr. Hierfür war man auf regelmäßige und authentische Informationen aus Deutschland dringend angewiesen. Diese wurden von den illegalen Gruppen unmittelbar vor Ort gewonnen, zu Lage- bzw. Stimmungsberichten zusammengefasst und anschließend von Kurieren auf konspirativen Wegen an bestimmte grenznahe Stützpunkte übermittelt, von wo aus sie sodann der Exilleitung zgingen. Diese wertete das Nachrichtenmaterial aus, um es nach Überprüfung seiner Zuverlässigkeit und entsprechender Bearbeitung im Rahmen ihrer antinazistischen Propagandaarbeit publik zu machen.

Im März 1934 wurde in Berlin eine als Hochzeitsfeier getarnte Geheimkonferenz zu in erster Linie organisatorischen und methodischen Fragen des IKD-Widerstandes durchgeführt. An dieser nahmen neben 20 Vertretern aus vier Bezirken auch Abgesandte des Auslandskomitees teil. Deziert moniert wurde während dieser “Org.-Konferenz” der damals noch recht erhebliche, polizeiliche Zugriffe ungemein begünstigende Umfang der illegalen Schriftpropaganda, wobei verlangt wurde, der technische Apparat solle besser für wirklich akute Agitationsanlässe geschont bleiben. Andererseits wurden Beratungen verschiedentlich im Ausland durchgeführt, zu denen dann jeweils einige Illegale aus Hitler-Deutschland eingeschleust wurden. So nahmen an der an Weihnachten 1934 unter größten Sicherheitsvorkehrungen bei Dietikon in der Nähe von Zürich durchgeführten “Reichskonferenz”, während der u.a. über Fragen der Betriebs- bzw. Kaderarbeit diskutiert und eine neue, Trotzki-Entrismus-Kurs folgende IKD-Leitung gewählt wurde, neben drei Funktionären aus Paris Emissäre aus Berlin, Danzig, Dresden, Magdeburg und Gelsenkirchen teil, dazu Vertreter der tschechoslowakischen und dänischen Exilgruppen sowie Gäste aus Österreich und der Schweiz, im ganzen ein Kreis von wiederum über 20 Personen. Im Bericht zur Lage in Deutschland wurde erwähnt, illegale Gruppen beständen u.a. noch in Süddeutschland, die von Frankfurt aus bearbeitet würden. Ein anderer Referent stellte fest, nicht der Beginn des kommenden Krieges, sondern dessen Ende sei “der entscheidende, günstige Augenblick für die Weltrevolution”, da dieser “nur ein sozialistisches Europa übriglassen” werde.<sup>25</sup> Die Auslandsarbeit der IKD erhielt zwar durch manche Sektionen der trotzkistischen Internationale auch mate-

---

zialismus in der DDR” von Joachim Gauck und Ehrhart Neubert. 6. Aufl. München, Zürich 1998, hier vor allem: S. 206–225, 336–342 u. 366–386.

25 ALLES (wie Anm. 1) S. 195 u. 219ff.; GOCH (wie Anm. 7) S. 156; Urteil des 1. Senats des “Volksgerichtshofs” vom 4. März 1939 gegen Fritz Toepert (5 J 284/38. – 1 H 34/38); Anklageschrift des Reichsanwalts beim “Volksgerichtshof” gegen Robert Springer u.a. vom 30. September 1937 (16 J 675/37) sowie Urteil des 2. Senats des “Volksgerichtshofs” vom 18. November 1937 gegen dieselben (16 J 675/37. – 2 H 52/37).

rielle Förderung, so aus Frankreich, der Tschechoslowakei oder den USA, allerdings beileibe nicht in einem Umfang, der sie ihrer permanenten Finanznöte entziehen hätte.

Schon im März 1933 war mit Hilfestellung tschechoslowakischer Linksoppositioneller "Unser Wort"<sup>26</sup> aus der Taufe gehoben worden, dringend benötigter Ersatz für die "Permanente Revolution", die nur bis zum Vormonat hatte erscheinen können. Das neue Zentralorgan der deutschen Trotzisten diente der Unterstützung der konspirativen Inlandsarbeit wie der Auslandsagitazione gleichermaßen. Seit dem Herbst 1933 erschien die Zeitung in Paris, ab Ende 1936 in Antwerpen und seit 1940 in New York. Meist konnte "Unser Wort" zweimal pro Monat herausgebracht werden. 1941 musste das Erscheinen eingestellt werden. Insgesamt 104 Ausgaben und eine Sondernummer – anlässlich des ersten Moskauer "Schauprozesses" im Sommer 1936 – waren bis dahin publiziert worden. Die für die Inlandsarbeit bestimmte Teilaufgabe dürfte bereits anfangs nur wenige hundert, bestimmt nicht sehr viel mehr als 1.000 Stück betragen haben. Ein größerer Teil hiervon, im Sommer 1933 noch bis zu 350 Exemplare, wurde über Reichenberg nach Dresden und Leipzig und dann weiter nach Berlin geschmuggelt, von wo aus die kleinen Gruppen in Brandenburg ihre Kontingente erhielten. 150 Stück von "Unser Wort" waren zur gleichen Zeit für Leipzig, Dessau und Magdeburg bestimmt. Später wurde wohl Berlin direkt beliefert und von dort aus weiterhin die mitteldeutsche Struktur, meist ebenso Hamburg, versorgt. Die Gruppen dort, im Ruhrgebiet, im Rhein-Main-Gebiet usw. erhielten dieses Organ auch auf anderen Wegen.

Nach einiger Zeit ging die Stückzahl der eingeschmuggelten Exemplare drastisch zurück. So wurde Berlin bald lediglich mit jeweils 25 Exemplaren, später – im Sommer 1936 – nur noch mit 15 Stück "Unser Wort" beliefert. Oskar Hippe zufolge soll der Bedarf in der Reichshauptstadt schon 1933 in keinem Fall gedeckt gewesen sein; deshalb seien dort, auch in Halle, Weißenfels und andernorts, zusätzliche Exemplare in Form kleinformatiger photographischer Abzüge vervielfältigt worden, die nur mit einer Lupe gelesen werden konnten. Auf den gleichen Kanälen wie "Unser Wort" erreichten auch Exemplare des internen "Informationsdienstes", dazu Flugblätter und Broschüren die Gruppen, darunter immer wieder solche mit Texten Leo Trotzki. Infolge der geringen Gruppenstärke musste sich offenbar jedes Mitglied an der Schriftenverbreitung beteiligen, was die Risiken eines Zugriffs durch den faschistischen Fahndungsapparat weiter erhöhte. Ab 1934 wurden die lokalen Zellen – wahrscheinlich nicht nur in Berlin und Hamburg – auf Dreiergruppenarbeit umgestellt. Die einzelnen Zellen sollten

---

26 Michael PFEFFER: Über "Unser Wort" (1933–1941). Faschismusanalyse und der Kurs auf eine neue kommunistische Partei im Organ der deutschen Trotzisten 1933–1941. Magisterarbeit Universität Erlangen-Nürnberg 1978; ALLES (wie Anm. 1) S. 158ff.; GOCH (wie Anm. 7) S. 151f.; SCHAFRANEK (wie Anm. 3) S. 580; HIPPE (wie Anm. 7) S. 138f. u. 144 f; Anklageschrift des Oberreichsanwalts, Zweigstelle Berlin, gegen Kurt Herbig u.a. vom 23. Januar 1935 (8 J 1734/33. – 58) sowie Urteil des 1. Senats des "Volksgerichtshofs" vom 29. April 1935 gegen dieselben (8 J 1734/33. – I H 7/35); VGH-Urteil gegen Fritz Toepert (wie Anm. 25).

künftig möglichst keinerlei Verbindung mehr untereinander halten und sich vornehmlich als Lese- und Diskussionszirkel um “Unser Wort” betätigen.

Noch im Frühjahr 1933 zeugten Aufrufe zum “Generalstreik”, Appelle zur Errichtung einer “Diktatur des Proletariats” sowie die Aufforderung zur Einzahlung von Spenden “für den Presse- und Broschürenfonds der Linken Opposition” auf ein bestimmtes Postscheckkonto unter dem Kennwort “Unser Wort” von einer auch hier recht erheblichen Verkennung der politischen Realitäten. Trotzdem wurden dann dort sehr frühzeitig Lageeinschätzungen publiziert, die sich von den noch lange völlig illusionären Analysen der meisten anderen linken Parteien und Organisationen deutlich unterschieden. So hieß es in der Nummer 9 von Mitte Juli 1933 klipp und klar: “Die deutsche Arbeiterbewegung” gehe derzeit “durch eine Illegalitätsperiode, wie sie die gesamte Geschichte der Arbeiterbewegung bisher nicht” gekannt habe. Sie müsse “sich darauf einstellen”, müsse “lernen, sich zu schützen”. Es gelte, “illegal nicht nur in der Phrase zu arbeiten. Kleine Zirkel” müssten “die Schulung der fortgeschrittensten Arbeiter übernehmen”, hätten aufzuzeigen, “welche Politik zu Hitler, welche dagegen zur Oktoberrevolution geführt” habe. “Elitekader von erprobten revolutionären Arbeitern” sollten fortan “die Massenpartei ersetzen”. Die Arbeiter müssten “selbst erkennen, dass Befolgung der stalinistischen Losungen Irrsinn ist”, sie sollten sich “auf die mühselige Arbeit der Schaffung zuverlässiger Kader umorientieren und sich auf lange Sicht einstellen”. Es werde “der Tag des politischen Wiedererwachens der Massen” kommen; hierfür habe die Avantgarde all ihre Kräfte zu sammeln.

Die KPD dagegen wählte sich auch weiterhin in einer “vorrevolutionären Situation” und mobilisierte ihre Anhänger deshalb zu einem ungemein verlustreichen “Massenwiderstand”, dabei stets in dem Glauben, so nicht nur das faschistische Herrschaftssystem hinwegfegen, sondern zugleich eine deutsche Räterepublik errichten zu können. Erst Mitte der 30er Jahre, als ein Großteil ihrer vordem rund eine Viertelmillion Mitglieder bereits Bekanntschaft mit den Kerkern und KZs des Hitler-Regimes hatte machen müssen, sollte auch in den Lagebeurteilungen dieser Partei allmählich Ernüchterung Platz greifen.<sup>27</sup>

### **Frankfurter Trotzlisten unterstützten Annäherungsversuche an die SAP im Pariser Exil**

Trotzkis neue Taktik, im nichtstalinistischen und nichtreformistischen linken Lager möglichst bald einen Zusammenschluss kooperationsbereiter Organisationen zu schaffen, ergo erst einen bestimmten “Sammlungsprozess” zu initiieren, und hiermit frühzeitig die Schaffung eines reichsweiten Netzes “revolutionärer Kader” zu kombinieren, um so die Voraussetzungen zu schaffen für eine “neue kommunistische Partei”, erhielt nachhaltige propagandistische Unterstützung durch “Unser Wort”. Aus der SAP, die viel früher schon die Bildung einer kommunistischen Einheitspartei propagiert hatte, kam für die Trotzlisten alsbald

<sup>27</sup> Vgl. dazu exemplarisch sowie mit entsprechenden Dokumenten meinen Aufsatz: Betrieblicher Widerstand gegen die NS-Gewaltherrschaft am Beispiel der Opel-Werke in Rüsselsheim, in: Bernd HEYL, Andrea NEUGEBAUER (Hrsg.): “... ohne Rücksicht auf die Verhältnisse”. Opel zwischen Weltwirtschaftskrise und Wiederaufbau. Mit Beiträgen von B. Heyl, Anita Kugler, A. Neugebauer und Axel Ulrich. Frankfurt/M. 1997, S. 93–156.



Schützenhilfe besonderer Art: In Paris verfügten sie nämlich über einen mehr oder minder verdeckt operierenden Kontakt unmittelbar im Zentrum der SAP-Auslandszentrale. Es handelte sich hierbei um Paul Wassermann, der neben Jacob Walcher, dem hauptamtlichen Sekretär, Paul Frölich, Boris Goldenberg und einigen anderen zum harten Kern der SAP-Führung zählte.

Wassermann war bis 1933 Spitzenfunktionär der Frankfurter SAP gewesen, dabei jener Richtung angehörend, die trotzkistischen Positionen nahestand. Ihm wie auch seinem engen Mitstreiter Wilhelm Hill hatte ihre Frankfurter Gesinnungsfreundin Ruth Heinrichsdorff damals wiederholt finanziell unter die Arme gegriffen. Darüber hinaus war Wassermann, als er nach dem 5. März 1933 zur Fahndung ausgeschrieben war, bei dieser und ihrem Ehemann Paul Heinrichsdorff vorübergehend beherbergt und sodann für die Flucht mit einer Fahrkarte ausgestattet worden. Bei den Verhandlungen, die Trotzki im Sommer 1933 mit Walcher führte, um SAP und Linke Opposition organisatorisch zusammenzubringen, hat Wassermann sicherlich vorab für argumentativen Flankenschutz gesorgt. Gleiches kann auch für die sogenannte Vierererklärung von SAP, Onafhankelijk Socialistische Partij, Revolutionair Socialistische Partij, beide Niederlande, und Internationaler Linker Opposition angenommen werden, durch welche Ende August 1933 die Schaffung einer neuen, IV. Internationale auf revolutionärer Grundlage propagiert wurde; diese konnte sich freilich erst fünf Jahre später konstituieren.

Ruth und Paul Heinrichsdorff sind im Mai 1933 nach Großbritannien emigriert, wo sie sich bald im Rahmen des Londoner Exilstützpunktes der SAP engagierten. Ruth Heinrichsdorff wechselte nach der Trennung von ihrem Mann im Herbst 1934 zur SAP-Zentrale nach Paris und stand bis zu ihrer Verhaftung im folgenden Frühjahr – sie befand sich auf einer Kurierfahrt über Basel und Prag nach Berlin – in ständiger Tuchfühlung mit der Führungsriege ihrer Partei, darunter eben auch mit Wassermann, Freund aus Frankfurter Tagen, nun Redaktionsleiter der SAP-Zeitung „Neue Front“.<sup>28</sup>

Kurz zuvor, im März 1935, war im übrigen durch die Pariser SAP-Zentrale der Aufnahmeantrag von Erwin Ackerknecht befürwortet worden, bis zu seinem Bruch mit dem IKD-Auslandskomitee wegen der Entrismus-Taktik im Herbst des Vorjahres Chefredakteur von „Unser Wort“ und Mitglied im Internationalen Sekretariat der Trotzkisten; nach erneuten heftigen Kontroversen – u.a. wegen seiner Kritik an der Beteiligung der SAP am Pariser Volksfront-Versuch – wurde Ackerknecht zwei Jahre später auch aus dieser Partei ausgeschlossen, woraufhin er zusammen mit Walter Fabian und 24 weiteren SAP-Emigranten, annähernd

---

28 Zu Wassermann siehe: FOITZIK (wie Anm. 1) S. 110f. u. 336; DRECHSLER (wie Anm. 13) S. 338 u. 405; KAMPFFMEYER (wie Anm. 16); siehe ebenso: Anklageschrift des Oberreichsanwalts gegen Ruth und Paul Heinrichsdorff vom 4. Januar 1936 (17 J 5/36) sowie Urteil des 1. Senats des „Volksgerichtshofs“ vom 1. April 1936 gegen dieselben (17 J 5/36. – 1 H 10/36). Ruth Heinrichsdorff wurde „wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ zu einer Zuchthausstrafe von fünf Jahren verurteilt, ihr Mann erhielt „wegen Beihilfe“ eine Gefängnisstrafe von anderthalb Jahren. Über das weitere Schicksal dieser beiden jüdischen Regimegegner ist nichts bekannt.

die Hälfte ihrer Pariser Gruppe, im März 1937 schließlich die Gruppe Neuer Weg ins Leben rief.

### **Fritz Belleville und das trotzkistische Exil in der Schweiz**

Über Basel, eine der kleineren trotzkistischen Operationsbasen, lief eine der Verbindungsschienen des Auslandskomitees zu den Gruppen in Süd- bzw. Südwestdeutschland.<sup>29</sup> Neben einer sogenannten Marxistischen Studentengruppe Basel (MSG) hatte Fritz Belleville dort 1932/33 zugleich eine weitere, etwa zwölf bis 15 Personen zählende Trotzki-Gruppe ins Leben gerufen. Mehrheitlich handelte es sich hierbei um schweizerische Trotzlisten, lediglich eine Handvoll Gruppenmitglieder stammte aus Deutschland. Zusätzlich wirkte in Zürich eine ebenfalls nur kleine Trotzlistengruppe, diese jedoch gänzlich ohne Beteiligung geflüchteter deutscher Linksoppositioneller; sie betreute zumeist SAP-Emigranten. In Zürich befand sich schließlich auch das politische Zentrum der Marxistischen Aktion Schweiz (MAS), gebildet Anfang September 1933 unter Mitwirkung Bellevilles als Zusammenschluss beider Strukturen.

Vor allem die Baseler Studentengruppe schmuggelte antinazistisches Propagandamaterial ins südliche Baden, von wo es durch Kuriere den einzelnen Gruppen im faschistischen Deutschland zugeleitet wurde. Nur wenig mehr als 100 Exemplare von „Unser Wort“ wurden in der Schweiz selbst vertrieben. Hierbei spielte der im August 1933 nach Basel geflüchtete Karl Gerold<sup>30</sup> zeitweilig eine wichtige Rolle. Dieser war von der SPD zu den Trotzlisten übergewechselt, unterhielt nun Kontakte auch zur SAP und führte selbst für seine frühere Partei Materialtransporte durch. Dies ist Indiz dafür, wie wenig letztlich die Arbeit dort von politisch-ideologischen Barrieren blockiert war.

Außerdem traf Belleville im Herbst 1933 in der Baseler Universität zu einer Unterredung mit Wolfgang Abendroth<sup>31</sup> zusammen, den er von Frankfurt her kannte. Abendroth wirkte für die Gruppe Neu Beginnen als hochkonspirativ operierender Kader ohne festes Aufgabengebiet; regelmäßig übernahm er brisante Kurierdienste und Koordinationsaufgaben zwischen diversen Widerstandsgruppen im In- und Ausland und bearbeitete hierbei vor allem Oppositionskreise von KPD, KPD-Opposition und SPD im Sinne des Einheitsfront-Gedankens. Sein damaliger Gesprächspartner war 1932 übrigens auf Empfehlung Richard Löwenthals nach Basel gekommen, der dort im Sommersemester für einige marxistisch gesonnene Studenten einen Schulungskurs abgehalten hatte; dieser Kurs war dann von Belleville weitergeführt worden, worin letztendlich die MSG ihren Ur-

29 Vgl. hierzu vor allem: WICHERS (wie Anm. 16); FOITZIK (wie Anm. 1) S. 129f.

30 Zu Gerold, ab 1946 Lizenzträger, Mitherausgeber und Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“, siehe: RÖDER, STRAUSS (wie Anm. 6) S. 219; FOITZIK (wie Anm. 1) S. 274.

31 Wolfgang ABENDROTH: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet u. hrsg. von Barbara DIETRICH u. Joachim PERELS. Frankfurt/M. 1976, S. 159ff.; vgl. Urteil des Oberlandesgerichts Kassel gegen ihn „wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ vom 30. November 1937, HStA Düsseldorf RW 58 – 11959, dort Hinweis auf Kontakt zu Belleville in Basel: Blatt 6; Barbara BROMBERGER: Widerstand linkssozialistischer Kleinorganisationen. In: KNIGGE-TESCHE, ULRICH (wie Anm. 15) S. 179-197, hier: S. 194.

sprung fand. Löwenthal wiederum war einer der führenden Funktionäre von Neu Beginnen. Abendroth verfügte zu jener Zeit durch einen befreundeten Baseler Studenten sogar über eine verdeckte Verbindung nach Frankreich zu Trotzki; ob es sich bei diesem Kontaktmann um Belleville gehandelt hat, ist nicht mehr feststellbar. Gestapo-Ermittlungen zufolge soll Belleville jedenfalls “bis weit in die Zeit nach der Machtübernahme hinein illegale Beziehungen nach Frankfurt unterhalten” haben. Anfang 1934 zog er sich wegen eklatanter politischer Differenzen aus der MAS zurück, was sich unmittelbar auf die Intensität der konspirativen Kontakte zwischen Basel und Deutschland ausgewirkt haben muss. Die Gestapo behielt ihn gleichwohl weiter im Visier, allein schon wegen des Schriften schmuggels. Einer ihrer V-Leute wusste zuletzt noch von einem Treffen einiger schweizerischer Trotzkiisten und deutscher SAP-Emigranten mit ihm an Pfingsten 1938 zu berichten. Der Wahrheitsgehalt dieser Meldung lässt sich nicht mehr überprüfen. Belleville will sich zumindest nach geraumer Zeit nicht mehr an der antifaschistischen Arbeit beteiligt haben. Die MAS hat schließlich gemäß der Entrismus-Empfehlung Trotzkis ihre organisatorische Selbständigkeit zumindest formal aufgegeben.

### **Massive Verhaftungsschläge Mitte der 30er Jahre**

Anfang November 1935 ging der Gestapo in Hamburg u.a. Hans Berger<sup>32</sup> ins Netz, der kurz vorher dem nach Paris geflüchteten Walter Nettelbeck<sup>33</sup> in die Funktion des zentralen Reichskuriers der IKD nachgerückt war. Berger führte – von Berlin kommend – bei seiner Festnahme einen Koffer mit, randvoll mit diversen eingeschleusten Propagandaschriften: sage und schreibe 186 Exemplare, darunter jeweils 25 Stück der Nummern 5 bis 10 von “Unser Wort”, also der Ausgaben für die Monate Mai bis Oktober. Die IKD wurde durch diesen Zugriff an einer besonders neuralgischen Stelle getroffen. Dies zeigte sich daran, dass in der Folge eine mehrmonatige Unterbrechung des Materialtransfers eintrat. Darüber hinaus waren dem faschistischen Fahndungsapparat bereits einige Zeit vor Bergers Festnahme in Hamburg, in Magdeburg, aber auch im Ruhrgebiet sowie in Danzig und Berlin weitreichende Anhaltspunkte hinsichtlich der jeweiligen lokalen Strukturen sowie der überregionalen Verbindungen der IKD zugegangen. In Hamburg hatte die lokale IKD-Führung sogar die Dummheit begangen, sich mit einem SS-Mann näher einzulassen, mit dessen Hilfe sie gehofft hatte, ihre konspirative Arbeit auch auf NS-Organisationen auszudehnen. Durch systematische Observation, ergänzt durch Hinweise von Spitzeln und Denunzianten, konnte die Gestapo nun der Reihe nach die IKD-Gruppen in der Reichshauptstadt, im

---

32 Zu Berger siehe: FOITZIK (wie Anm. 1) S. 67ff., 164, 171f. u. 251; zu seiner Festnahme vgl. auch: ALLES (wie Anm. 1) S. 239; vgl. auch: Anklage- und Urteilsschrift gegen Robert Springer u.a. (wie Anm. 25).

33 Zu Nettelbeck siehe: FOITZIK (wie Anm. 1) S. 67, 126ff. u. 305; ALLES (wie Anm. 1) siehe: Register; Anklageschrift des Oberreichsanwalts beim “Volksgerichtshof” gegen ihn vom 7. Juni 1942 (10 J 117/42) sowie Urteil des 5. Senats beim “Volksgerichtshofs” vom 14. Oktober 1942 gegen denselben.

Ruhrgebiet, in Hamburg, Magdeburg, Leipzig, Dresden und Danzig usw. aufrollen, bis 1937 nahezu ihre gesamte illegale Struktur im Reichsmaßstab.<sup>34</sup>

Zu jener Zeit war das faschistische Herrschaftssystem wirtschaftlich wie politisch längst konsolidiert und stieß daher innerhalb der deutschen Bevölkerung auf stetig wachsenden Zuspruch. Die trotzkistischen Kader hingegen hatten – ebenso wie alle anderen gegen das “Dritte Reich” arbeitenden Kräfte – immer wieder unerbittlich zu spüren bekommen, wie sehr sie politisch isoliert waren und organisatorisch auf der Stelle traten. In welche Ferne der von ihnen herbeigesehnte “Tag des politischen Wiedererwachens der Massen” wirklich gerückt war, muss ihnen deutlich bewusst gewesen sein. Nicht zuletzt deshalb hatten sie ihre Aktivitäten immer mehr auf Schulungstreffen im kleinen Kreis in jeweils wechselnden Wohnungen reduziert, die sie meist wöchentlich oder vierzehntägig, schließlich monatlich durchführten, und bei denen antinazistisches Schriftenmaterial verkauft bzw. verlesen, interpretiert und diskutiert wurde. Diskussionsgrundlage waren weiterhin meist Exemplare von “Unser Wort”, seltener selbst hektographierte Flugblätter, so z.B. in Berlin eines mit einer dezidierten Stellungnahme zu den Judenverfolgungen, mitunter auch der Pariser “Informationsdienst” mit Berichten über die Arbeit der Exilgruppen, die Lage in der Sowjetunion sowie zur internationalen Arbeiterbewegung; trotzkistische Broschüren waren – wenn überhaupt – nur noch in ganz wenigen Exemplaren in Umlauf. Neben der Beitragskassierung hatten die Gruppen bis zuletzt ihre internen Solidaritätssammlungen für geflüchtete oder verhaftete Gesinnungsfreunde sowie für deren Familien beibehalten. Durch den “Volksgerichtshof” wurde hierzu später festgestellt, dass diese Sammlungen über ihren karitativen Zweck hinaus die Aufgabe erfüllten, “die Anhänger vor Entmutigung zu schützen, ihren Kampfgeist zu erhalten und damit” – eine pure Phantasmagorie – “die revolutionäre Stoßkraft der illegalen Organisation zu stärken”.

Für wie wichtig die bereits mächtig zusammengeschmolzenen IKD-Kader im Reich gleichwohl die regelmäßige Belieferung mit Propagandamaterial für den eigenen Zusammenhalt erachteten, ist daran zu ersehen, dass sie im späten Frühjahr 1936 eigens einen Kurier nach Reichenberg entsandten, um bei einem Vertreter ihres Auslandskomitees darauf zu drängen, die von dort avisierte Absicht, “Unser Wort” eingehen zu lassen, unter keinen Umständen zu verwirklichen; allerdings müsse die Zeitung künftig mehr den tatsächlichen Gegebenheiten in Deutschland Rechnung tragen. Im trotzkistischen Untergrund hatten sich nämlich – schon weit vor Einsetzen jener reichsweiten Verhaftungswelle – Anzeichen von Resignation breitgemacht, waren vermehrt Zweifel am Sinn der politischen Arbeit generell aufgekommen. Auf die herkömmliche Weise, so hatte man zu begreifen begonnen, ließen sich höchstens noch die eigenen kleinen Gruppen agi-

---

34 Vgl. hierzu: ALLES (wie Anm. 1) S. 238ff.; FOITZIK (wie Anm. 1) S. 67ff.; GOCH (wie Anm. 7) S. 153f. u. 158ff. – Die Behauptungen von Alles, welche wiederum von Foitzik ungeprüft übernommen wurden, 1934 seien “wahrscheinlich ein Großteil der Mainzer Gruppe”, sodann im April und Mai 1935 “führende Mitglieder der Frankfurter IKD festgenommen” worden, sind – obwohl zumindest Alles angeblich eine “Abschrift der Anklageschrift der Generalstaatsanwaltschaft beim OLG Kassel gegen Mitglieder der Frankfurter IKD vom 10. Juli 1936” vorgelegen hat – so nachweislich falsch.

tieren, denen dabei das Damoklesschwert der Verhaftung ständig im Blick schwebte. Es war insofern stark zu befürchten, dass das Abreißen der publizistischen Nabelschnur zu ihrer Exilleitung sich vollends demoralisierend auf die letzten in Nazi-Deutschland operierenden IKD-Reste ausgewirkt haben würde.

Deren desolote Befindlichkeit trat in einem Briefentwurf an österreichische Trotzlisten klar zutage. Diese hatten in einer Nummer des "Informationsdienstes" einen "offenen Brief" veröffentlicht, durch den sie mit ihren von Verhaftungen bereits empfindlich getroffenen Berliner Gesinnungsfreunden Verbindung aufnehmen wollten. In dem Antwortschreiben, das seine Adressaten allerdings nie erreichen sollte, wurde unterstrichen, "mit welcher Freude auch die kleinste Nachricht von draußen aufgenommen" werde, die zeige, dass man "nicht nur in Deutschland" lebe, "sondern auch in Europa, in der Welt, wo Genossen mit dem gleichen Ziel" arbeiteten. "Wie gerne", so hieß es darin weiter, würde man jenen Brief aus Österreich "unter den Arbeitern im größeren Maßstab verbreiten! Aber dadurch" würden "nur wahllose Verhaftungen hervorgerufen". Bezeichnenderweise fiel dieses Schreiben den Strafverfolgungsbehörden in der Reichshauptstadt Ende Oktober 1936 im Zuge einer weiteren Festnahmeaktion in die Hände.

### **Festnahme auch der innerhalb der SAP wirkenden IKD-Kader im Rhein-Main-Gebiet**

Die letzten trotzlistischen Kader im Rhein-Main-Gebiet waren ein halbes Jahr vorher enttarnt und arretiert worden.<sup>35</sup> Es handelte sich dabei konkret um eine Gruppe von zehn Personen, wohnhaft zumeist in Frankfurt, ein einziger, Fritz Ohlhof<sup>36</sup>, stammte aus Mainz. Im Anschluss an die Festnahmen vom Herbst 1933 hatten die IKD-Gruppen in dieser Region erst einmal auf Tauchstation gehen

35 Anklageschrift Generalstaatsanwalt Kassel gegen Hans Heubach u.a. (wie Anm. 15).

36 Zu Ohlhof siehe: Wilhelm Heinz SCHRÖDER: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien – Chronik – Wahldokumentation. Ein Handbuch. Düsseldorf 1995 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 7), S. 636; Hans Georg RUPPEL, Birgit GROß: Hessische Abgeordnete 1820–1933. Biographische Nachweise für die Landstände des Großherzogtums Hessen (2. Kammer) und den Landtag des Volksstaates Hessen. Darmstadt 1980 (Darmstädter Archivschriften, 5), S. 201; Gerhard BEIER: Arbeiterbewegung in Hessen. Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch einhundertfünfzig Jahre (1834–1984). 2. Aufl. Frankfurt/M. 1985, S. 514; DRECHSLER (wie Anm. 13) S. 65f. u. 268f.; Eckhart G. FRANZ, Manfred KÖHLER (Bearb.): Parlament im Kampf um die Demokratie. Der Landtag des Volksstaates Hessen 1919–1933. Hrsg.: Hessische Historische Kommission Darmstadt. Darmstadt 1991 (Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen, 6), S. 489, 515 u. 606; Friedrich SCHÜTZ (Bearb.): Die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 in Mainz. Eine Dokumentation. Quellenband zur Ausstellung der Stadt Mainz Januar bis März 1983. Mainz 1983, S. 61, 88f. u. 213f.; Alfred KANTOROWICZ: "Lambo". In: Franz NEULAND, Albrecht WERNER-CORDT (Hrsg.): Die Junge Garde. Arbeiterjugendbewegung in Frankfurt am Main 1904–1945. Gießen 1980, S. 254–256, hier: S. 254. – Vgl. hierzu auch: Dieter ERTL: Wider die Tolerierungspolitik der Präsidialkabinette – Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in Mainz. In: Mainzer Geschichtsblätter, Heft 4, 1987, S. 112–129; Hedwig BRÜCHERT-SCHUNK: Johann Beckenbach – Politiker, Sozialist, Pazifist. Versuch eines Porträts. In: Mainzer Geschichtsblätter, Heft 5, 1989, S. 189–212.

müssen. Nach einer Weile hatten sie jedoch wieder Tritt gefasst, d.h. ihre nicht entdeckten Kader neu formiert. Gemäß dem Prinzip einer Konspiration in der Konspiration waren die Trotzki-Gruppen in Mainz wie in Frankfurt beharrlich innerhalb der SAP aktiv geblieben, auch um weiterhin Verbindung zu Anhängern von KPD und SPD zu suchen, die es im Sinne einer Einheitsfront zu bearbeiten galt. Zu den jetzt Ergriffenen gehörten – außer Ohlhof – Georg Stierle, Hans Heubach und Fritz Röschlau, die allesamt mit Fritz Belleville näher bekannt waren, dazu Richard Horr, Louis Minor, Michael Hauser, Wilhelm Hartmann, Alfred Siegel und Christoph Geiger. Während einige von ihnen schon vor 1933 Mitglieder bzw. Sympathisanten der SAP gewesen waren, hatten sich andere, vordem sozialdemokratischen oder stalinistischen Organisationen zugehörig, erst im Laufe der Zeit in den nunmehr illegal operierenden Apparat jener kommunistischen Kleinpartei eingeklinkt.

Ohlhof, bis 1931 SPD-Stadtverordneter in Mainz, Redakteur der dortigen „Volkszeitung“ sowie Funktionär des Zentralverbandes der Angestellten, seit seinem spektakulären Wechsel zur SAP im Jahr 1931 Mitglied deren Vorstandes in Groß-Mainz, ebenso ihrer Bezirksleitung für Hessen und Hessen-Nassau, 1931 bis 1932 SAP-Landtagsabgeordneter im Volksstaat Hessen, war als einer der führenden Köpfe seiner Partei gleich im Frühjahr 1933 für vier Wochen in „Schutzhaft“ genommen worden. Er muss bereits an den Widerstandsaktivitäten von Dörter, Hill, Hooge usw. maßgeblich beteiligt gewesen sein, war aber damals – wie etliche andere ebenso – unentdeckt geblieben; es ist noch nicht einmal auszuschließen, dass sich hinter dem 1933 nur von Dörter bezeugten, seinerzeit angeblich bereits auf der Flucht befindlichen „Lehrer Richards“ niemand anders als Ohlhof selbst verbarg. Jedenfalls hatte ihm einer seiner engsten Mainzer Getreuen, Johann Christian Weiß, genannt Lambo, als Verbindungsmann zum Frankfurter SAP-Widerstand gedient; später musste dieser nach Frankreich flüchten und ist schließlich im Spanischen Bürgerkrieg als Kompanieführer des Bataillons Tschapaiew gefallen.<sup>37</sup> Nachdem Dörter und die fünf Mitarbeiter seines Frankfurter Stabes 1933 ausgefallen waren, ist Ohlhof offensichtlich nicht umhingekommen, sich allen Risiken zum Trotz noch mehr zu exponieren.

Hans Heubach, 1928 vorübergehend Mitglied des Roten Frontkämpferbundes und Anfang 1932 auf Anraten Bellevilles der KPD beigetreten, übernahm 1934 die Funktion eines neuen Frankfurter IKD-Strukturleiters. Als Hintermänner Ohlhofs vermutete die Generalstaatsanwaltschaft – sicherlich zu Recht – Belleville und den „Architekten Planck, einen der einflussreichsten Funktionäre“ überhaupt. Bereits im Frühjahr 1933 war es zwischen letzterem und Heubach zu Vorgesprächen gekommen, woraufhin dieser gegen Ende des Jahres von Planck in geheimer Mission nach Paris geschickt worden war. Einige Zeit nach seiner Rückkehr war er von Planck mit Ohlhof bekannt gemacht worden, der ihn sorgfältig sondierte. Im Frühjahr 1934 hatte Heubach sodann Ohlhof in Mainz aufgesucht, wo er von diesem für die illegale Arbeit angeworben wurde. Bei diesem Treffen war vereinbart worden, dass Heubach unter ihm gut bekannten alten Ge-

---

37 Zu Weiß siehe: NEULAND, WERNER-CORDT (wie Anm. 36). – Alfred Kantorowicz hat „Lambo“ in seinem Buch „Tschapaiew, das Bataillon der 21 Nationen“ mit einem eigenen Kapitel ein bleibendes Denkmal gesetzt.

sinnungsfreunden antifaschistische Mundpropaganda betreiben sollte. Ohlhof hatte in diesem Zusammenhang unterstrichen, dass Flugblattverteilung im großen Stil – wie sonst nur bei der KPD üblich – viel zu gefährlich sei. Äußerstenfalls komme die Verbreitung bestimmter Propagandaschriften in Frage, aber auch dies nur in geringem Umfang und ausschließlich an ganz zuverlässige Genossen. Schließlich hatte er zugesichert, für die Herstellung bzw. Beschaffung der Schriften zu sorgen, während Heubach deren Vertrieb übernehmen sollte.

Umgehend war dieser in Frankfurt im verabredeten Sinne aktiv geworden. Besonders in politisch linksstehenden Kreisen, die sich regelmäßig am Arbeitsamt, im Volksbildungsheim und an der Konstabler Wache trafen, hatte er versucht, für die SAP zu werben. Bei eingefleischten Stalinisten war er hierbei auf heftigen Widerspruch gestoßen, da diese immer noch glaubten, nicht nur die SPD, auch die ihnen kaum weniger verhasste SAP sei letztendlich schuld an der Etablierung der NS-Herrschaft. Manchmal fielen Heubachs Argumente jedoch auf fruchtbaren Boden. Langsam hatte er einen kleinen Kreis von Gesinnungsfreunden rekrutiert, den er schon bald mit Flugblättern zu aktuellen sozioökonomischen und politischen Fragen belieferte, wohl auch mit dem "Informationsdienst" des IKD-Auslandskomitees. Da solche Schriften jedoch immer nur in minimaler Stückzahl zur Verfügung standen, mussten sie von Hand zu Hand weitergereicht werden. Später wurde Heubach von Ohlhof angewiesen, nach einer ihm gelieferten Vorlage Flugblätter selbst herzustellen, um sie anschließend ebenfalls zu verbreiten. Hierbei wurde er von Minor unterstützt, der in einem jüdischen Geschäft eine Schreibmaschine anmietete, sowie von Horr, dem er die Texte in die Maschine diktieren konnte. Dieses ungemein mühselige Herstellungsverfahren – jedes Exemplar wurde einzeln abgetippt – zeigt, dass den IKD-Leuten, anders als noch 1933, jetzt nicht einmal mehr ein Vervielfältigungsgerät zur Verfügung stand; Apparate dieser Art unterlagen längst generell besonderer Überwachung. Von dem Flugblatt "An alle klassenbewußten Arbeiter. Ein Diskussionsbrief" sollen auf die genannte Weise überhaupt nur etwa sechs Stück angefertigt worden sein.

Alles dies lässt darauf schließen, dass die Versorgung der Rhein-Main-Struktur mit trotzkistischem Schriftenmaterial von außen ganz gewiss nicht mehr frictionslos funktionierte. Trotzdem gelangten immer wieder einmal Sendungen mit Propagandaschriften hierher. So erhielt Heubach im Juli 1935 Besuch von einem Beauftragten Fritz Bellevilles, der ihm Trotzki's Druckschrift "Die IV. Internationale und der Krieg" übergab. Diese Broschüre zirkulierte sodann genauso in jenem Zirkel wie einige illegale Zeitungen und ein "Ratgeber für den Haus-, Schreber- und Siedlergarten" von "Gartenbauinspektor Franz Mappes"<sup>38</sup>, eine Tarnschrift mit dem stalinistischen Grundlagentext "Arbeiterklasse gegen Faschismus", also mit Dimitrows Bericht auf dem VII. Weltkongress der Komintern. Zu jener Zeit erreichte die Frankfurter Struktur nachweislich eine Materialsendung auch aus Berlin, welche in einem Paket mit Äpfeln verborgen war. Darüber hinaus wurde von den IKD-Kadern selbstverständlich weiterhin Propaganda

---

38 Heinz GITTIG: Illegale antifaschistische Tarnschriften 1933 bis 1945. Frankfurt/M. 1972, S. 149.

gandamaterial der SAP verteilt und diskutiert, seltener solches, das von der SPD oder von anderen linken Gruppierungen stammte, etwa von den Revolutionären Sozialisten Deutschlands, einer erst im Exil entstandenen Organisation, deren Reste sich später trotzkistischen Positionen annähern sollten.<sup>39</sup>

Im Zuge der Ermittlungen wurde 1936 ersichtlich, dass die Festgenommenen durchaus noch mit einer Reihe weiterer Personen kooperiert hatten. Diese waren aber nicht in allen Fällen namhaft zu machen. Durch Schutzbehauptungen versuchte sowieso jeder, seine Beteiligung an der konspirativen Arbeit so gut es ging herunterzuspielen: So wurde die Dauer des illegalen Engagements minimiert, desgleichen die Anzahl der hergestellten, bezogenen bzw. weitergeleiteten Schriften und ähnliches. Damit hielten sich die Verhafteten korrekt an ihre konspirativen Verhaltensregeln für den Ernstfall. Dass es sich bei der nun aufgedeckten Struktur um eine innerhalb des illegalen SAP-Apparates operierende Gruppe von Trotzkisten handelte, war nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Strengegenommen ließ sich dieser Sachverhalt nur aus der früheren Zugehörigkeit einiger Verhafteter zum Frankfurter Freundeskreis um Belleville folgern, des weiteren aus bestimmten Hinweisen zur thematischen Ausrichtung ihrer Diskussionen, zumal wenn diese sich mit der geplanten IV. Internationale beschäftigten, nicht zuletzt aber aus ihrem Schriftenmaterial. Der organisatorische Konnex mit der zweieinhalb Jahre zuvor hochgegangenen trotzkistischen Struktur um Dörter dagegen wurde in der Anklageschrift des Generalstaatsanwalts in Kassel nicht angesprochen. Gegen Ohlhof und seine Konfidenten wurde ausschließlich wegen ihrer Aktivitäten im Rahmen der illegalen SAP verhandelt.

Im Rhein-Main-Gebiet war die SAP mit einem Stützpunktesystem verankert, dem Widerstandsgruppen in nahezu allen größeren sowie in einigen kleineren Städten der Region angegliedert waren.<sup>40</sup> Der annähernd 200 Personen umfassende Frankfurter Strukturbereich bestand aus einer entsprechenden Anzahl nicht sonderlich hierarchisch organisierter Fünfergruppen. Vor einem Spitzeleinbruch hatte man sich dort schon seit 1933 dadurch zu schützen gewusst, dass grundsätz-

---

39 Siehe hierzu: Jutta VON FREYBERG: Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit 1934–1937. Köln 1973; vgl. auch: FOITZIK (wie Anm. 1) S. 140–155.

40 Zum SAP-Widerstand allgemein vgl.: DRECHSLER (wie Anm. 13) S. 330ff.; BREMER (wie Anm. 13); FOITZIK (wie Anm. 1) S. 47–59, 108–122, 176ff. u. 203ff. – Zur SAP-Konspiration im Rhein-Main-Gebiet siehe: Fritz SCHMIDT: SAP in Höchst für Einheitsfront. In: ULRICH (wie Anm. 21) S. 192–196; Barbara MAUSBACH-BROMBERGER: Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main. Gegen den Faschismus 1933–1945. Frankfurt/M. 1976, S. 69ff., 109ff. u. 129f.; BROMBERGER (wie Anm. 31) S. 181f.; Interview mit Willi Birkelbach über den SAP-Widerstand in Südhessen, 24. November 1988 (vorhanden nur als Tonband-Kassette). – SAP-Stützpunkte auf dem Gebiet der heutigen Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz bestanden in Kassel, Frankfurt, Hanau, Offenbach, Langendiebach, Rüsselsheim, im Rodgau, in Darmstadt und Wiesbaden sowie in Bad Ems, Mainz, Worms, Speyer, im Koblenzer Raum, in Trier, Pirmasens, Kaiserslautern, Ludwigshafen und in Mannheim, wo sich gleichzeitig die Zentrale für den gesamten südwest- und süddeutschen Raum befand. – Siehe hierzu auch: Volker R. BERGHAIN, Reinhard SCHIFFERS: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) in Mannheim und Südwestdeutschland. In: Erich MATTHIAS, Hermann WEBER u.a. (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. Mannheim 1984, S. 207–231.



lich keine neuen Mitstreiter mehr aufgenommen wurden. Bis 1936 war die hiesige SAP-Konspiration demgemäß – anders als in Hamburg, im Rhein-Ruhr-Gebiet, in Schlesien und in Sachsen – weitgehend intakt geblieben. Die Mainzer und Frankfurter Trotzlisten hatten nur als kleine Zellen innerhalb der regionalen Gesamtstruktur der SAP gewirkt.

Was letztendlich den Einbruch der Gestapo in Frankfurt ermöglichte, ob die Observation überregionaler Verbindungen im Zusammenhang mit der Festnahme des IKD-Reichskuriers Berger oder etwa Unachtsamkeiten von Ohlhofs eigenen Leuten bei ihrer Anwerbe- bzw. Propagandaarbeit vor Ort, darüber lässt sich viel spekulieren. Obwohl den Fahndern bereits seit dem Sommer des Vorjahres vage Verdachtsmomente gegen die illegale SAP vorlagen, tappten sie noch bis Anfang 1936 im Dunkeln. Dann aber brachte der Lagebericht der Gestapo Frankfurt für Februar 1936 den ersten konkreten Hinweis: „Wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurde der frühere Student Willi Dörter in Schutzhaft genommen, weil er nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis wieder versucht hat, Verbindung mit dem früheren Studenten und SAP-Verdächtigen Hans Dombrowski aufzunehmen. Nach vertraulicher Mitteilung hat er die Absicht, sich dem ihm ebenfalls befreundeten Leiter der SAP-Auslandszentrale in Paris, Paul Wassermann, zur Verfügung zu stellen.“<sup>41</sup> Wird außer acht gelassen, dass letzterer zwar zur obersten Führungsebene dieser Partei zählte, in Wahrheit aber Jacob Walcher deren Auslandschef war, ist offensichtlich, dass den Verfolgern nun der entscheidende Zugriffsweg gegen die SAP in der ganzen Region geebnet war.

Unter den im April und Mai 1936 Festgenommenen befand sich mit Georg Stierle<sup>42</sup> nämlich erstmals auch einer der hochkarätigen illegalen Funktionäre der SAP. Er hatte ehemals ebenfalls dem Kreis um Belleville angehört und war der Gestapo seit längerem schon im Visier gewesen. Wie auch immer die Sache im Einzelnen gelaufen ist, seit jener Verhaftungsaktion hielt die Gestapo den Hebel in Händen, der es ihr ermöglichte, Zug um Zug die gesamte SAP-Konspiration im Rhein-Main-Gebiet aufzubrechen. Nach weiteren Festnahmen in den Jahren 1937 und 1938 waren die regionalen Widerstandsstrukturen auch dieser Kaderpartei endgültig zerschlagen. Es scheint so, dass beide – SAP wie IKD – unterm Strich Opfer u.a. ihrer eigenen Einheitsfront-Politik geworden sind. Ein Weiterwirken von SAP-Resten oder von IKD-Splittern, wie im Falle einiger weniger

41 Lagebericht der Staatspolizeistelle Frankfurt/Main für Monat Februar 1936, 3. März 1936. In: Thomas KLEIN (Hrsg.): Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933–1936. Teilbd. I: A u. B. Köln, Wien 1986, S. 577–593, hier: S. 587.

42 Zu Stierle siehe: BEIER (wie Anm. 36) S. 571f.; FOITZIK (wie Anm. 1) S. 328; Jochen LENGEMANN: Das Hessen-Parlament 1946–1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen und des Hessischen Landtags 1.–11. Wahlperiode. Hrsg.: Präsident des Hessischen Landtags. Frankfurt/M. 1986, S. 401; Rudolf EIMS: Frei von jedem Verdacht. Georg Stierle vom Gesetz nicht betroffen. In: „Frankfurter Rundschau“, 15. April 1947, S. 3; vgl. auch den autobiographischen Bericht von Georg STIERLE: Rückblick auf den langen Weg. In: Detlef HOFFMANN u.a. (Bearb.): Arbeiterjugendbewegung in Frankfurt 1904–1945. Material zu einer verschütteten Kulturgeschichte. Frankfurt/M. 1978, S. 115–123.

anderer Lokal- bzw. Regionalstrukturen, ist für Mainz und Frankfurt nicht bekannt.<sup>43</sup>

Fritz Ohlhof wurde von 1941 bis 1945 erneut ins KZ geworfen. Hans Heubach wurde nach Verbüßung seiner vierjährigen Zuchthausstrafe gleichfalls bis 1945 im KZ Sachsenhausen drangsaliert; Alfred Siegel, Fritz Röschlau und Wilhelm Hartmann hatten Haftstrafen von jeweils drei Jahren Zuchthaus bzw. Gefängnis kassiert, wobei letzterer im Anschluss daran noch die KZs Buchenwald und Ravensbrück durchleiden musste; der in Geisenheim gebürtige Christoph Geiger war zu zwei Jahren und neun Monaten Zuchthaus verurteilt worden; Richard Horr, Louis Minor und Michael Hauser hatten Gefängnisstrafen zwischen anderthalb und zwei Jahren erhalten, wobei Hauser im Frühjahr 1944 erneut verhaftet und ins KZ verschleppt wurde. Willi Dörter war nach seiner erneuten Verhaftung ebenfalls in ein KZ eingeliefert worden; nach seiner Entlassung hatte er sich seiner Meldepflicht durch Flucht entzogen, weshalb nach ihm bereits seit Anfang 1937 wieder gefahndet wurde; sein weiteres Schicksal ist bislang ungeklärt.

### **Trotz Zerschlagung der konspirativen Strukturen führten IKD-Reste den antifaschistischen Kampf fort**

1940 saßen – einer Schätzung des IKD-Auslandskomitees zufolge – mindestens 150 deutsche Trotskisten in faschistischen Haftanstalten ein oder waren in Konzentrationslagern eingesperrt.<sup>44</sup> Manche von ihnen erblickten das Licht der Freiheit nie wieder. In der Haft kamen ums Leben: Hans Berger, ebenso Robert Springer, seit Ende 1934 bis zu seiner Festnahme im Herbst 1936 führender Funktionär des Berliner IKD-Bezirks, genauso dessen Mitstreiter Werner Müller, sämtlich verurteilt zu Zuchthausstrafen in Höhe von acht Jahren, sowie etliche weitere. Ein besonders widerwärtiges Kapitel in diesem Zusammenhang sind die von geradezu pathologischem Hass zeugenden Nachstellungen, denen die einsitzenden Trotskisten durch stalinistische Mithäftlinge ausgesetzt waren; diese

---

43 Ernst Zöller war 1932 aus der KPD ausgeschlossen worden und hatte sich sodann im Riederwald einer trotskistischen Gruppe angeschlossen. Der Lagebericht der Staatspolizeistelle Frankfurt für September 1935 berichtete von "Mitteilungen eines Gewährsmannes", denen zufolge "sich im Riederwald bei Frankfurt/Main eine SAP-Gruppe gebildet haben" sollte; die Richtigkeit dieser Meldung würde "noch der Klärung" bedürfen. Ob diese Denunziation einen realen Sachverhalt betraf, ob sich in diesem Fall womöglich Trotskisten aus der vorgenannten Gruppe hier ebenso in die lokale SAP-Konspiration eingeklinkt hatten und ob diese gegebenenfalls dann überhaupt hatte enttarnt werden können, war bisher nicht zu verifizieren. Allerdings entstand im Frühjahr 1945 im Frankfurter Riederwald sofort eine Antifaschistische Organisation, zu deren führenden Organisatoren wiederum Zöller zählte. Siehe hierzu: Lutz NIETHAMMER, Ulrich BORSODORF, Peter BRANDT (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Wuppertal 1976, S. 419, Anm. 21; KLEIN (wie Anm. 41) S. 482; vgl. ebenso: Wolfgang BRECKHEIMER: Die FDJ Riederwald. In: HOFFMANN (wie Anm. 42) S. 197f., hier: S. 197; dort auch den Bericht von Richard HÖRR: Die Anfänge 1945, a.a.O., S. 199f.

44 ALLES (wie Anm. 1) S. 243; PFEFFER (wie Anm. 26) S. 33 – dort auch der Hinweis, dass 1939 und sogar noch 1941 Leserbriefe, zum Teil geschrieben von KZ-Häftlingen, die Redaktion von "Unser Wort" erreichten.

schreckten nicht einmal jetzt davor zurück, ihre kommunistischen Konkurrenten durch Denunziation oder Verleumdung zusätzlicher Naziwillkür auszusetzen. Parias gleich, fanden die solchermaßen doppelt Verfolgten oftmals nur dort einen gewissen Schutz, wo es ihnen gelang, sich sozialdemokratischen Häftlingsnetzwerken anzuschließen. Etliche derer, die das Glück gehabt hatten, den faschistischen Häschern ins Ausland zu entkommen, fielen dort Mordanschlägen des stalinistischen Geheimdienstes zum Opfer. Auch Leo Trotzki konnte dem nicht entgehen: Nachdem bereits fast seine gesamte Familie von Schergen Stalins umgebracht worden war, wurde am 20. August 1940 in Mexiko auf ihn ein – zweites – Attentat verübt; am Tag darauf erlag er der schweren Kopfverletzung, die ihm ein NKWD-Agent mit einem Eispickel zugefügt hatte.<sup>45</sup>

Nach der reichsweiten Zerschlagung ihrer Widerstandsstrukturen haben verschiedentlich IKD-Kader, die unerkannt geblieben waren, unbeirrt weitergemacht, meist auf eigene Faust, manchmal im Rahmen bestimmter organisatorischer Reststrukturen: So konnte Oskar Hippe, der 1936 nach über zwei Jahren aus der Haft entlassen worden war, den Kontakt zu den Leitern einiger in Berlin fortbestehender trotzkistischer Fünfergruppen durch mehr oder minder sporadische Treffen aufrechterhalten. Als im Sommer 1940 die Nachricht von der Ermordung Trozki durch die offizielle Presse ging, mochte dem keiner seiner Genossen so recht glauben; vielmehr gingen alle zunächst von einer gezielten Desinformation aus, um die IKD-Reste vollends zu demoralisieren. Eine direkte Rückfrage beim Internationalen Sekretariat der Trozkiisten war wegen des Krieges schlecht möglich. Im September erhielten die Berliner allerdings den Besuch eines Genossen aus Westdeutschland, der ihnen den Mordanschlag bestätigte. Im Januar 1941 wurde die Meldung schließlich durch die Vormonatsausgabe von „Unser Wort“ bezeugt. Dies führte dazu, dass nach langer Zeit dort erstmalig die strenge Illegalität gelockert wurde, um in einem Haus in Charlottenburg eine Trozki-Gedächtnisveranstaltung aller in Berlin und Umgebung noch vorhandenen IKD-Kader durchzuführen. „Unser Wort“ war aus Basel in die Reichshauptstadt eingeschleust worden, was zeigt, dass auf dieser Schiene auch noch während des Krieges ein gewisser Materialtransfer bzw. Nachrichtenaustausch mit dem Ausland gegeben war.<sup>46</sup>

### **Auch im Exil war der Zerfallsprozess nicht zu stoppen**

Während sich also die winzigen IKD-Fragmente in Nazi-Deutschland bis zum Kriegsende mehr schlecht als recht durchschlugen<sup>47</sup>, war den trotzkistischen E-

45 Siehe hierzu: Harry WILDE: Leo Trotzki mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. 12. Aufl. Reinbek bei Hamburg 1995, S. 128–161; vgl. hierzu auch: COURTOIS (wie Anm. 24).

46 FOITZIK (wie Anm. 1) S. 130; HIPPE (wie Anm. 7) S. 164–193.

47 Oskar Hippe hat die Situation in der Reichshauptstadt für die Kriegsjahre wie folgt beschrieben: „Von unseren jungen Genossen war fast keiner mehr in Berlin, alle waren zum Militär eingezogen worden (...). Für unsere zurückbleibenden Genossen wurde es immer schwerer, propagandistische Arbeit zu leisten, doch waren alle von der Notwendigkeit überzeugt, weiterhin im Rahmen des Möglichen Verbindungen aufrechtzuerhalten und Kontakte neu zu knüpfen.“ So habe man 1943 sogar den Aufbau militärischer Widerstandsgruppen in den Betrieben diskutiert, was allerdings – aufgrund der eigenen organisatorischen Schwäche – die Kooperation mit Kräften des KPD- bzw. SAP-Widerstandes vorausgesetzt haben wür-

xilgruppen ein deutlich anderes Schicksal beschieden. Aber auch hier war der Zerfallsprozess nicht zu stoppen. Lediglich unter dem Eindruck der Terrorwelle der Moskauer “Säuberungen”, denen allein bis 1938 Hunderttausende von Kommunisten aus aller Welt und sämtlicher Couleur zum Opfer fielen, und angesichts der sich in diesem Kontext ständig steigenden antitrotzkistischen Hetze der Stalinisten hatten sich die Pariser IKD, Kurt Landaus Funke-Gruppe sowie die Gruppe Internationale, eine höchstens 15 bis 20 Mitglieder zählende linksradikale Fraktion um die beiden früheren KPD-Führer Ruth Fischer und Arkadij Maslow, im Herbst 1936 auf die Durchführung einer – einzigen – gemeinsamen Protestveranstaltung zu verständigen vermocht. Danach waren bald wieder der alte Zank und Streit eingeleitet. Rechthaberei, nicht Konsensfähigkeit blieben charakteristisch für die deutsche Linksopposition.

Immerhin hatten sich die IKD-Kader an der streng konspirativen Gründungsversammlung der IV. Internationale beteiligt, die am 3. September 1938 in Périgny bei Paris durchgeführt wurde, und auch sonst operierten sie sogar noch bis 1941 weitgehend im Einklang mit der internationalen trotzkistischen Bewegung. Danach brachen um so heftiger wieder die üblichen politischen Dispute und Zerwürfnisse aus. Die großen Strategen der “Arbeitereinheitsfront” zeigten sich nicht imstande, wenigstens untereinander Geschlossenheit herzustellen: denkbar ungünstige Grundvoraussetzung für eine Gruppierung, die sich nach dem von ihr 1938 mitverabschiedeten “Übergangsprogramm” der IV. Internationale vor die Aufgabe gestellt sah, zur Vorbereitung einer künftigen revolutionären Erhebung eine neue Führung aufzubauen, um “die Massen” für das Programm der sozialistischen Revolution zu gewinnen.<sup>48</sup>

Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges hatten kleinere Auslandsstützpunkte der deutschen Trotzkisten – außer in Frankreich – noch in der Tschechoslowakei, in Großbritannien, in den Niederlanden, in Belgien, Dänemark, Norwegen, Schweden und der Schweiz bestanden. Die meisten Mitglieder dieser Gruppen waren durch den Einfall der Wehrmacht in ihre Exilländer zur Flucht weiter nach Großbritannien bzw. nach Schweden oder hinaus in alle Welt gezwungen wor-

---

de; da diese das Vorhaben aber nicht mittragen wollten, habe man davon Abstand nehmen müssen. Über die geplante Militäraktion gegen Hitler sei man bereits einige Wochen vor dem 20. Juli 1944 “durch einen Funktionär der illegalen Gewerkschaftsorganisation” in Kenntnis gesetzt worden. Während einer Leitungssitzung sei daraufhin die Herausgabe eines Flugblattes in geringer Auflage für die Kontaktleute in den Betrieben beschlossen worden. Hierin seien diese davor gewarnt worden, “sich an unkontrollierten Aktionen zu beteiligen”; es sei vielmehr ratsam, erst einmal den Gang der Dinge abzuwarten. Dies sei die “letzte Flugblattaktion” der Berliner Trotzkisten während der NS-Zeit gewesen. HIPPE (wie Anm. 7) S. 184ff. u. 188f.

48 ALLES (wie Anm. 1) S. 244ff. u. 258ff.; Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale (Das Übergangsprogramm). In: ALLES (Hrsg.): Die kommunistische Alternative (wie Anm. 7) S. 61–99. – Dort übrigens eine weitere klare Stellungnahme dieser Gruppierung gegen Rassismus und Antisemitismus, a.a.O., S. 81. Auch in den Publikationen der IKD wurde immer wieder deutlich Position bezogen, was einmal mehr zeigt, wie sehr der junge US-Historiker Goldhagen fehl geht, wenn er insinuiert, der deutsche Widerstand habe die Judenverfolgungen völlig außer acht gelassen, vgl. Daniel J. GOLDHAGEN: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Berlin 1996, S. 131 u. 145ff.

den. Einigen wenigen gelang es, während der deutschen Okkupation unterzutau- chen; nur zum Teil wurden diese von der Gestapo aufgespürt. Andere, wie etwa die gesamte Pariser IKD-Gruppe, wurden in Südfrankreich interniert. Wiederum andere schlossen sich trotzkistischen Widerstandsgruppen in ihren Zufluchtslän- dern an, so in Dänemark, Belgien und Frankreich.

Die gesamte Auslandsorganisation der IKD zählte 1940 kaum mehr als 70 Mitglieder, weltweit verstreut auf zehn Gruppen, darunter solche in Argentinien, Kuba und Mexiko. Hauptzentrum des trotzkistischen Exils war schließlich New York, wohin bei Kriegsbeginn das Internationale Exekutivkomitee, das Füh- rungsorgan der IV. Internationale, verlegt worden war und wohin sich auch das deutsche Auslandskomitee geflüchtet hatte. Dort lösten sich die IKD-Kader dann immer stärker von ihren bisherigen Positionen bzw. von der IV. Internationale und orientierten fortan zusehends auf ein System bürgerlich-demokratischer “Ü- bergangsforderungen”, nach deren Verwirklichung erst der Weg zur Errichtung des Sozialismus beschritten werden könne. Nicht zuletzt ihr Eintreten für die “na- tionale Befreiung” als ihres Erachtens aktuelle Primäraufgabe des “revolutionä- ren Sozialismus” stieß auf heftigen Widerspruch innerhalb der IV. Internationale, die nach wie vor an der proletarischen Revolution und den “Vereinigten Sozialis- tischen Staaten von Europa” als Tagesaufgaben festhielt. Ein Jahr nach der mili- tärlichen Zerschlagung der NS-Terrorherrschaft wurde das Auslandskomitee der IKD mit der während einer Internationalen Konferenz der IV. Internationale ver- abschiedeten “Resolution über die IKD und die Reorganisation der deutschen Sektion” massiv, trotzdem vergebens zur Rückkehr auf die gemeinsame politi- sche Linie aufgefordert.<sup>49</sup>

### **Weiterer Widerstand während des Krieges**

Eine bemerkenswert andere Haltung hingegen sollten sich die in Europa zurück- gebliebenen IKD-Aktivisten bewahren: Manchen von ihnen gelang es, im deut- schen Untergrund Kontakt herzustellen zu einigen französischen Trotzkisten, die sich als “Fremdarbeiter” ins Reichsgebiet hatten anwerben lassen und ihrerseits konspirative Verbindungen in ihre Heimat aufrechterhielten. Ebenso sind mitun- ter deutsche Trotzkisten, die in die Strafbatallione 999 gepresst worden waren, bei sich bietender Gelegenheit übergelaufen, um sich den an den betreffenden Frontabschnitten kämpfenden Partisanenverbänden anzuschließen. Dem im Sommer 1943 maßgeblich durch die Parti Ouvrier Internationaliste (PCI), die französische Sektion der IV. Internationale, geschaffenen Europäischen Sekretariat gehörten Vertreter des trotzkistischen Widerstandes aus Frankreich, Belgien, Griechenland, Spanien und auch aus Deutschland an; für vordringlich wurde von diesem Gremium – neben der Vorbereitung einer internationalen Konferenz – der Aufbau neuer Sektionen in den beiden letztgenannten Ländern erachtet. Deutsche Trotzkisten waren zudem in der Bretagne an der Organisierung eines kleinen Netzes kommunistisch-internationalistischer Zellen innerhalb der Wehrmacht durch die PCI beteiligt; neben der Herausgabe und Verbreitung von Flugblättern

---

49 FOITZIK (wie Anm. 1) S. 127ff.; ALLES (wie Anm. 1) S. 263ff.; PFEFFER (wie Anm. 26) S. 156ff.

sowie der Zeitung “Arbeiter und Soldat” kümmerte sich diese französisch-deutsche Organisation vor allem um die Beschaffung von Waffen für den Maquis und half Wehrmachtssoldaten bei der Desertion.

Anfang Oktober 1943 wurde diese Widerstandsstruktur, von der immerhin rund 50 deutsche Soldaten und Matrosen agitiert wurden, durch Verhaftungen in Paris und in Brest empfindlich getroffen: Jene, die man nicht sofort oder im Anschluss an grausamste Folterungen liquidierte, wurden im Januar 1944 in das KZ Buchenwald verbracht. In Dänemark waren im Herbst 1943 einige IKD-Exilierte im Rahmen der dortigen trotzkistischen Organisation an der Fluchthilfeorganisation für die rund 7.000 verfolgten Juden über den Sund nach Schweden beteiligt. Im Februar 1944 wurde die Europäische Konferenz der IV. Internationale durchgeführt, die beharrlich davon ausging, dass die Revolution in Deutschland und in Europa überhaupt unmittelbar bevorstehe.

Seit dem März 1944 erfolgten ebenfalls in Frankreich Anstrengungen, eine deutsche Sektion der IV. Internationale auf der Basis einer kleinen Exilgruppe zu reorganisieren, die sich Bund der Kommunisten-Internationalisten (Deutsche Sektion der Vierten Internationale) nannte und gleichfalls antinazistische Agitation im Bereich der Wehrmacht betrieb. Ihre strikt internationalistische Ausrichtung behielten die Trotzlisten – wo immer ihnen dies möglich war – auch im KZ bei: So waren die IKD-Mitglieder in Buchenwald ganz selbstverständlich in die dortige internationale trotzkistische Gruppe eingegliedert; diese trat am 20. April 1945 mit ihrer “Erklärung der Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds” an die Öffentlichkeit, in der sie beherzt die “sofortige freie Wahl von Arbeiter- und Bauernräten in ganz Deutschland”, die “Einberufung eines allgemeinen Räte-Kongresses” und in der Folge die Errichtung eines “Räte-Deutschland in einem Räte-Europa” forderten.

Weder als IKD, als die sie sich 1948 reorganisierten, noch im Rahmen der 1951 gegründeten, recht kurzlebigen Unabhängigen Arbeiterpartei und auch später nicht in Gestalt einer der zahlreichen Splittergruppen, darunter etwa die Gruppe Internationale Marxisten, gelang es den deutschen Trotzlisten, aus ihrem politischen wie organisatorischen Dilemma auszubrechen, das durch ihr hochgestecktes Ziel der Schaffung einer “neuen revolutionären Weltpartei” und gleichzeitig dem Verharren auf minimalster Mitglieder- bzw. Sympathisanzahl vorgegeben war, und für das ihre verschwindend kleinen Kadergruppen im Rhein-Main-Gebiet, insbesondere in Frankfurt und Mainz, wiederum symptomatisch waren.<sup>50</sup>

---

50 ALLES (wie Anm. 1) S. 272ff.; diese Proklamation der Buchenwalder Trotzlisten ist abgedruckt bei: JUNGCLAS (wie Anm. 7) S. 139–142. – Siehe auch die prägnante Beschreibung der wichtigsten historischen und aktuellen politisch-ideologischen Problemfelder durch Peter BRANDT: Trotzkismus. In: Thomas MEYER u.a. (Hrsg.): Lexikon des Sozialismus. Köln 1986, S. 684ff., ebenso den kritischen Überblick bei Patrick MOREAU, Jürgen LANG: Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr. Bonn 1996 (Schriftenreihe Extremismus & Demokratie, Bd. 8), S. 276–290.

## Bilanz und Perspektiven

Die Beschäftigung mit dem Widerstandsbeitrag der Trotzlisten gegen das NS-Regime vor dem Hintergrund ihrer Aktivitäten speziell in der untersuchten Region offenbart für die Widerstandsgeschichtsschreibung exemplarisch dreierlei:

1. Die Gruppen der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten), seit 1934 Internationale Kommunisten Deutschlands, haben allein mit mehr Kadern gegen das "Dritte Reich" gekämpft als der ganze bürgerlich-militärische Flügel der Verschwörung des "20. Juli 1944" zusammengenommen. Auch ist zu berücksichtigen, dass sie bereits seit ihrer Gründung erheblich vor 1933 gegen die heranstürmende NS-Bewegung operierten und auch später – sogar unter den Bedingungen der Haft oder der Strafbataillone bzw. im Exil – in ihrem antinazistischen Engagement nicht nachließen. Gleichwohl wurden sie bisher von der Historiographie in der Regel nicht oder nur als Marginalie wahrgenommen; ins Schulbuch bzw. in die allgemeine Widerstandsrezeption haben sie ohnehin keinen Eingang gefunden.
2. Die Trotzlisten teilen dieses Schicksal mit etlichen kleinen und kleinsten Gruppierungen am Rande von SPD und KPD, deren Wahrnehmung sich – trotz einiger rarer Monographien – auf einen kleinen Kreis von Widerstandsspezialisten beschränkt. Hier sind zu nennen: die KPD-Opposition, die SAP, der ISK, Neu Beginnen, Roter Stoßtrupp, Rote Kämpfer, Anarchosyndikalisten, die Gruppe Revolutionärer Pazifisten und viele andere. In besonderem Maße gilt dies, nebenbei bemerkt, für die gesamte Palette des gewerkschaftlichen Widerstandes. Solange sich der allgemeine Kenntnisstand in dieser Hinsicht nicht deutlich verbessern lässt, wird jeder Hinweis darauf, dass Hunderttausende von Deutschen – vor allem aus den Reihen der Arbeiterbewegung – auf die eine oder andere Weise Widerstand gegen die NS-Diktatur geleistet haben, weiterhin auf Ungläubigkeit stoßen. Die immer wieder – dies sogar in Expertenrunden und meist unwidersprochen – geäußerte Meinung, der deutsche Widerstand sei letztendlich "winzig" oder gar "banal" gewesen, ist nur Symptom für die nahezu vollständige Vernachlässigung des Themas Widerstand in der bundesdeutschen Öffentlichkeit.
3. Nachdem die zum Widerstand überlieferten umfangreichen Aktenbestände nunmehr allgemein zugänglich sind, sollte jener Komplex in einer breit angelegten, gemeinsamen Forschungsanstrengung aller mit dem Thema befassten Historiker ohne politisch-ideologische Scheuklappen und fernab der alten Kontroversen erneut angegangen werden. Bund und Länder sollten für entsprechende Rahmenbedingungen sorgen. Die Situation in den Bundesländern Hessen und Rheinland-Pfalz<sup>51</sup> ist in diesem Kontext beispielhaft für die Bundesrepublik generell. Dies gilt speziell auch für bestimmte weitere, hartnäckig vernachlässigte Teilaspekte des Widerstandes, so z.B. nach wie vor für den

51 In Hessen gibt es zwar einige lokalhistorische Darstellungen und Dokumentationen, erheblich seltener schon überregionale Monographien zu bestimmten Widerstandsgruppen, vgl. dazu den von Knigge-Tesche u. Ulrich herausgegebenen Reader zu diversen Aspekten von Verfolgung und Widerstand (wie Anm. 15); in Rheinland-Pfalz steht eine historiographisch-publizistische Aufarbeitung des antifaschistischen Widerstandes – mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Ende der NS-Herrschaft – noch fast ganz am Anfang.

Beitrag von Frauen, ebenso für seine europäische bzw. internationale Dimension, für das – bisher überhaupt noch nicht registrierte – entschiedene Eintreten der meisten Widerstandsgruppen gegen Rassismus und Antisemitismus. Im letztgenannten Fall sind die Versäumnisse besonders eklatant, wird doch in der Regel übersehen, dass in fast allen Widerstandsgruppen ein überproportional hoher Anteil von Juden festzustellen ist und sich aus diesem Grunde dort antijüdische Ressentiments per se verboten. Überhaupt muss zurückgegangen werden auf die Primärquellen, zuallererst auf die Zeitungen, Broschüren und Flugblätter der zahllosen Parteien und Gruppierungen des Widerstandes; diese fristen in einigen Spezial- oder Staatsarchiven ansonsten einen Dornröschenschlaf, aus dem sie – bis dato höchst selten einmal – eine wissenschaftliche Nachwuchskraft erweckt.

Alles dies zusammengenommen, gilt es den von Deutschen im “Dritten Reich” wie auch im Ausland gegen Hitler geleisteten Widerstand in seiner ganzen Bandbreite zu entdecken, ließe sich erstmals ein Bild der deutschen \*Opposition nachzeichnen, das tatsächlich den historischen Realitäten entspricht und das sich insofern von den traditionell verengten, weil jeweils bestimmten politischen Opportunitäten folgenden Sichtweisen der alten Bundesrepublik, der früheren DDR, aber auch von jenen der bisherigen Berliner Republik klar unterscheidet.

**Zitierweise:**

**Ulrich, Axel: Arbeitereinheitsfront gegen den Faschismus? Zum Widerstand von Trotzlisten gegen das NS-Regime mit besonderer Berücksichtigung des Rhein-Main-Gebietes, in: Mainz, Wiesbaden und Rheinhessen in der Zeit des Nationalsozialismus. Mainz 2000 (= Mainzer Geschichtsblätter, 12), S. 101-134.**